

Weltrevolution

Zweimonatszeitung der Internationalen Kommunistischen Strömung in Deutschland und der Schweiz

Massaker in Syrien, Krise im Iran: Die Drohung einer imperialistischen Krise

1982 schlug die syrische Armee die auf-sässige Bevölkerung Hamas blutig nieder. Die Zahl der Opfer ist niemals verlässlich ermittelt worden: Die Schätzungen schwanken zwischen 10.000 und 40.000 Opfer. (1) Damals sprach niemand darüber, zum Schutz der Bevölkerung einzugreifen; niemand forderte den Rücktritt von Hafez el-Assad, dem Vater des heutigen syrischen Präsidenten Bashir al-Assad.

Seither hat sich die Welt geändert: Der Zusammenbruch des alten Blocksystems und die Schwächung der US-„Führung“ hat den imperialistischen Appetit von Regionalmächten wie den Iran, der Türkei, Ägypten, Syrien, Israel geweckt, und die Vertiefung der Krise hat die Bevölkerungen auf immer mehr Armut beschränkt. Die wachsende Verbitterung treibt die Revolte gegen die herrschenden Regimes an.

Für Syrien begann es mit monatelangen Demonstrationen gegen Arbeitslosigkeit und Armut, an denen sich Ausgebeutete aller Art beteiligten: Drusen, Sunniten, Christen, Kurden, Männer, Frauen und Kinder, alle vereint im Protest für ein besseres Leben. Doch die Situation in Syrien hat eine unheilvolle Wendung genommen. Die Arbeiterklasse in diesem Land ist sehr schwach, und dies hat dazu geführt, dass die sozialen Proteste vom Machtkampf zwischen Fraktionen der herrschenden Klasse vereinnahmt wurden.

Für die Regierung und die Pro-Assad-Truppen ist klar, worum es geht. Es geht darum, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Für die Opposition geht es darum, selbst die Macht zu übernehmen. Doch die Opposition ist ein Mischmasch aus bürgerlichen Cliques, die sich gegenseitig belauern und nur in ihrer Feindschaft gegen Assad einig sind. Die Christen sind misstrauisch gegenüber den Islamisten und fürchten, dass sie dasselbe Schicksal erleiden wie die Kop-

ten in Ägypten; einige Kurden versuchen mit dem Regime zu verhandeln, und Letztgenanntes erhält weiterhin die Unterstützung durch die religiöse Minderheit der Alawiten, der die Präsidenschaftsclique angehört.

Das Oppositionsbündnis, der Nationalrat, würde keine bedeutende politische oder militärische Rolle spielen, wenn er nicht die Unterstützung äußerer Kräfte erhielte, die alle ihre eigenen imperialistischen Ziele verfolgen. Sie umfassen die Länder der Arabischen Liga, mit Saudi-Arabien vorneweg und der Türkei, aber auch Frankreich, Großbritannien und die USA.

Der Kampf zwischen den Helfershelfern der mannigfaltigen Fraktionen wird auch in der UN ausgefochten. Russland und China haben zweimal ihr Veto gegen Resolutionsentwürfe zu Syrien eingelegt. Die jüngste Resolution, vorgeschlagen von der Arabischen Liga, ruft zu nichts Geringerem als der Enteignung Bashir al-Assads auf. Nach mehrtägigen elenden Verhandlungen nahm am 21. März der UN-Sicherheitsrat in Übereinstimmung mit Russland und China eine Erklärung an, die darauf abzielte, die Gewalt durch die Entsendung eines berühmten Sondergesandten, Kofi Annan, zu stoppen, der eine Delegation anführte, die – darüber gab es kein Missverständnis – überhaupt keine Macht hatte, irgendjemand zu irgendetwas zu zwingen.

Doch warum hat nicht eine dieser fremden imperialistischen Mächte, die in diesem Konflikt verwickelt sind, nicht schon längst direkt interveniert, wie dies zum Beispiel in Libyen der Fall war? Hauptsächlich deshalb, weil auch das Oppositionsbündnis realisiert hat, dass eine zu offensichtliche Abhängigkeit von fremden Mächten es ihrem eigenen künftigen Regime verunmöglichen würde, zu einer eigenen Legitimität zu gelangen.

Dies garantiert jedoch nicht, dass der drohende totale imperialistische Krieg, der an Syriens Tür

anklopft, nicht doch in der nächsten Zeit ausbricht. Laut iranischer Medien zieht die Türkei Truppen und militärisches Material an der syrischen Grenze zusammen. Das syrische Regime bereitet mit Unterstützung durch China, Russland und den Iran sein Arsenal an russischen Raketen in den unterirdischen Bunkern in der Region von Kamechi und Deir ez-Zor nahe der Grenze zum Irak vor.

Es stellt sich die Frage, warum dieses Land solch ein Interesse seitens der imperialistischen Mächte auf sich zieht. Der syrische Konflikt kann nicht auf sich beschränkt verstanden werden, sondern ist Teil einer größeren regionalen Konfrontation mit dem Iran.

Iran im Zentrum der welt-imperialistischen Schikanen

Am 7. Februar letzten Jahres erklärte die New York Times: „Syrien ist bereits der Beginn des Krieges gegen den Iran“ – eines Krieges, der noch nicht offen ausgebrochen ist, der aber im Schatten des syrischen Konflikts lauert.

Das Assad-Regime ist Teherans Hauptverbündeter in der Region, und Syrien ist eine wichtige strategische Zone für den Iran. Das Bündnis mit diesem Land ermöglicht Teheran den Zugang zum strategisch wichtigen Mittelmeerraum und zu Israel, mit militärischen Mitteln direkt an der Grenze des zionistischen Staates. Doch dieser potenzielle, verborgene Krieg hat seine Wurzeln in der Tatsache, dass der Nahe Osten erneut zum Schwerpunkt aller imperialistischen Spannungen, die dem Kapitalismus eigen sind, geworden ist.

Diese Weltregion ist eine große Wegscheide zwischen Ost und West. Europa und Asien stoßen in Istanbul aufeinander. Russland und die nördlichen Länder schauen über das Mittelmeer auf den afrikanischen Kontinent und auf die Hauptozeane. Und vor allem ist Erdöl eine lebenswichtige

ökonomische und militärische Waffe. Jeder hat ein Interesse daran, es zu kontrollieren. Ohne Erdöl läuft keine Fabrik, kann kein Flugzeug abheben. Dies ist einer der Hauptgründe, warum alle Imperialismen in diesem Teil der Welt involviert sind.

In diesem Kampf um die Vorherrschaft ist Irans Aufstieg zur Macht, die sich der gesamten Region aufdrängt, völlig inakzeptabel für seine Rivalen. Der Iran ist militärisch komplett umzingelt. Die amerikanische Armee hat sich an all seinen Grenzen festgesetzt. Was den Persischen Golf angeht, so ist er derart vollgestopft mit Kriegsschiffen, dass man ihn fast schon überqueren kann, ohne sich die Füße nass zu machen. Der israelische Staat hört nicht auf zu verkünden, dass er dem Iran niemals gestatten wird, Nuklearwaffen zu besitzen, befürchtet er doch, dass der Iran innerhalb des nächsten Jahres die Fähigkeit haben wird, sie zu bauen. Israels Erklärung an die Welt ist erschreckend, da dies eine sehr gefährliche Lage ist: Der Iran ist ein Land mit über 70 Millionen Menschen und einer „respektablen“ Armee. Eine direkte Konfrontation zwischen den beiden wäre eine Katastrophe.

Katastrophale Konsequenzen

Wirtschaftlich

Irans politische und religiöse Führer haben kürzlich beteuert, dass sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln antworten würden, wenn ihr Land angegriffen werden würde. Zum Beispiel drohten sie damit, ihre eigenen Schiffe in der Straße von Hormus zu versenken, um mit den Wracks nautische Hindernisse zu schaffen, die im Endeffekt die Straße schließen würden. Dies bedeutet, dass ein großer Teil der Erdölproduktion nicht den Ort seiner Bestimmung erreichen könnte. Der Schaden für eine kapitalistische Ökonomie, die sich ohnehin in der offenen Krise befindet, wäre enorm.

Fortsetzung auf S.2

Krise in der Euro-Zone: Tauziehen am Rande des Abgrunds

Seitdem sie vor rund zweieinhalb Jahren mit der Insolvenz Griechenlands ausgebrochen war, ist die Staatsschuldenkrise zum Dauerbrenner in den Medien geworden, ist kaum ein Tag vergangen, ohne dass das Krisenmanagement der herrschenden Klasse Gegenstand der öffentlichen Diskussion war. Doch bisher konzentrierte sich der Diskurs auf die ökonomische und soziale Seite der aktuellen Krise und ignorierte weitgehend die politische Ebene, die sich hinter dem Tauziehen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone um den richtigen Ausweg aus dieser Krise verbirgt. Dabei trachtet gerade die deutsche Bourgeoisie danach, aus der Staatsschuldenkrise insbesondere der PIIGS-Staaten politisches

Kapital zu schlagen, indem sie die Frage der politischen Union wiederbelebt.

Die Währungsunion: ein Mittel zur Domestizierung des deutschen Imperialismus

Mit dem Ende des Kalten Krieges 1989 war nicht nur der Nato, sondern auch der damaligen

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Bollwerk gegen den sowjetischen Imperialismus der Sinn abhanden gekommen. Für das durch die Wiedervereinigung endgültig zur stärksten Macht Europas aufgestiegene Deutschland Anlass genug, Europa neu zu interpretieren, d.h. nach der wirtschaftlichen nun auch die politische Vereinigung Europas anzustreben. Der Zeitpunkt schien günstig, einen europäischen Bundesstaat

zu schaffen, dessen Strukturen „dem politischen System der Bundesrepublik nachgebildet“ (SPIEGEL, Nr. 36/2012) sind. Die neu erwachten imperialistischen Avancen Deutschlands stießen jedoch auf heftigen Widerstand seitens Großbritanniens und besonders Frankreichs. Die engen Kontakte der deutschen Bourgeoisie, die sich im Zuge der Abwicklung der DDR mit Jelzins Russland ergaben, die Expansion der deutschen Wirtschaft nach Mittel- und Osteuropa, die Einführung der „Deutschmark“ als heimliche Ersatzwährung in etlichen mitteleuropäischen Ländern und nicht zuletzt das emsige Treiben deutscher Dienste auf dem Balkan Anfang der 90er Jahre – all dies weckte in Paris, London und anderswo die alten Gespenster der „teutonischen Gefahr“.

Das jahrelange Ringen um die Deutungshoheit über Europa – gemeinsamer Wirtschaftsraum oder Vereinigte Staaten von Europa (was natürlich nicht die Überwindung oder gar Aufhebung der nationalen Grenzen bedeutet, sondern eine Neuordnung Europas nach deutschem Gusto) – endete schließlich 1993

mit der Erkenntnis für den deutschen Imperialismus, dass die Trauben höher hängen als erwartet – und mit Maastricht und der Währungsunion. „Wieder einmal hat ein französischer Präsident demonstriert, dass der

Fortsetzung auf S.2

Inhalt

Krieg in Syrien	S. 1
Krise in der Euro-Zone	S. 1
Klassenkampf in Spanien	S. 3
Nachruf auf Robert Kurz	S. 4
Massaker in Südafrika	S. 5

Fortsetzung von Seite 1

Massaker in Syrien

Ökologisch

Die ökologischen Konsequenzen könnten irreversibel sein. Militärische Anschläge gegen Nuklearreaktoren bergen die bekannten Gefahren; und um bestimmte iranische Einrichtungen, die unter Tausenden Tonnen Beton und Fels begraben sind, ernsthaft in Mitleidenschaft zu ziehen, benötigt es taktische Nuklearwaffen. (2) Solch ein Angriff, ob nuklear oder nicht, würde mit ziemlicher Sicherheit iranische Gegenangriffe gegen israelische Reaktoren provozieren. Mit dem Gebrauch von gar taktischen Atomwaffen (die immer noch ein Vielfaches der Stärke der Hiroshima-Bombe darstellen) würde ein wichtiger Rubikon überschritten und den Weg für die anderen Atommächte frei gemacht werden, von ihren eigenen Waffen Gebrauch zu machen.

Humanitär

Seit dem Ausbruch der Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen herrscht totales Chaos in diesen Ländern. Es gibt täglich mörderische Bombenanschläge und Schießereien. Die Bevölkerungen versuchen verzweifelt, von Tag zu Tag zu überleben. Die bürgerliche Presse sagt es offen: „Afghanistan leidet an einer allgemeinen Trägheit. Die Erschöpfung der Afghanen trifft auf die Erschöpfung der Westler“ (Le Monde, 21.3.12). Doch während für die bürgerliche Presse die Welt des Krieges schlicht müde ist, ist die Bevölkerung selbst verbittert und verzweifelt. Wenn ein Krieg gegen den Iran stattfindet, ein Krieg, an dem größere Bevölkerungen und Waffen beteiligt wären, wäre die menschliche Katastrophe noch umfassender. Und es ist unwahrscheinlich, dass der Konflikt auf die ursprünglichen Kriegsteilnehmer beschränkt bliebe. Die breiteren Nachwirkungen (einschließlich des Potenzials für einen umfassenderen Krieg) könnten die Bevölkerung der gesamten Region bedrohen.

Gespaltene nationale Bourgeoisien und imperialistische Bündnisse am Rande einer großen Krise

Allein die Erwägung einiger der möglichen Konsequenzen eines Angriffs gegen den Iran versetzt jene Sektoren der Bourgeoisie in Schrecken, die noch versuchen, ein Minimum an Klarheit zu bewahren. Es ist sehr wohl bekannt, dass große Teile der herrschenden Klasse in Israel diesen Krieg nicht wollen. Meir Dagan, ehemaliger Chef des Mossad, hat geäußert, dass „die Perspektive eines Angriffs gegen den Iran die dümmste Idee ist, die ich jemals gehört habe“. Der frühere Direktor von Shin Bet stimmt dem zu, und selbst der aktuelle Militärführer hat in den Chor der Missbilligung eingestimmt. Doch es ist ebenfalls wohlbekannt, dass die um Netanjahu organisierte Clique entschlossen ist, ihren Weg zu machen, und somit die Saat für eine tiefe politische Krise in der herrschenden Klasse legt.

Doch der spektakulärste Bruch fand zwischen den USA und Israel statt. Die US-Administration will zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Krieg gegen den Iran. Lädt von ihren eigenen Erlebnissen in Afghanistan und im Irak, zieht es die herrschende Klasse der USA vor, auf immer umfassendere Sanktionen zu setzen. Trotz des enormen Drucks durch die USA bekräftigt Israel laut und deutlich, dass es auf keinen Fall dem Iran erlauben werde, an Atomwaffen zu gelangen, wie auch immer seine engsten Verbündeten darüber denken. Die amerikanische Supermacht hat das Heft immer weniger in der Hand, und selbst Israel fordert nun offen ihre Autorität heraus. Laut gewissen bürgerlichen Kommentatoren sehen wir hier die ersten wirklichen Risse im bis dahin unumstrittenen US-israelischen Bündnis.

Der andere wichtige Mitspieler in der Region ist zumindest aktuell die Türkei, die die bedeutendsten Truppen im Nahen Osten (mehr als 600.000 im aktiven Dienst) hat. War die Türkei in der Vergangenheit ein zuverlässiger Alliierter der USA und einer der wenigen lokalen Verbündeten, so hat der Aufstieg Erdogans fast unmerk-

lich die Beziehungen verändert. Das Erdogan-Regime repräsentiert den „islamisiertesten“ Teil der türkischen Bourgeoisie und versucht seine eigene Karte des „demokratischen“ und moderaten Islam auszuspielen. Er profitiert dabei von den Aufständen in Tunesien und Ägypten und spielt dasselbe Spiel in Syrien. Einst machte Erdogan gemeinsam Urlaub mit Assad, doch nachdem sich der syrische Führer weigerte, sich den Forderungen aus Ankara zu beugen und mit der Opposition zu verhandeln, brach das Bündnis auseinander. Die Bemühungen der Türkei, ihr „Modell“ des moderaten Islam zu exportieren, stehen in unmittelbarem Gegensatz zu den Bemühungen Saudi-Arabiens, seinen eigenen Einfluss in der Region auf der Grundlage des ultrakonservativen Wahabismus zu vergrößern.

Die Möglichkeit eines Krieges um Syrien und schließlich im Iran ist so groß, dass sich die beiden größten Verbündeten dieses Landes, China und Russland, bemüht fühlen, mit wachsender Stärke zu reagieren. Für China ist der Iran von beträchtlicher Bedeutung, da er es mit elf Prozent seines Energiebedarfs versorgt. (3) Seit seinem industriellen Abflug ist China zu einem neuen wichtigen Mitspieler in der Region geworden. Im letzten Dezember warnte es vor der Gefahr eines globalen Konflikts um Syrien und den Iran. Es erklärte in Global Times (4): „Der Westen leidet unter einer wirtschaftlichen Rezession, doch seine Anstrengungen, nicht-westliche Regierungen aufgrund politischer und militärischer Interessen zu stürzen, kulminiert. China, wie auch sein riesiger Nachbar Russland, würde höchst wachsam sein und Gegenmaßnahmen einleiten, falls notwendig.“

China würde nicht vor einem möglichen Showdown mit dem Westen zurückschrecken, doch sucht es nach einer Lösung, die es selbst begünstigt. China wird konkrete Maßnahmen einleiten, um seine Entschlossenheit zu zeigen, seinen eigenen Weg zu gehen. Solch eine Alternative ist wichtig für Chinas Interessen.“ (5)

Selbst wenn eine direkte Konfrontation zwischen den imperialistischen Großmächten der Welt im gegenwärtigen globalen Kontext nicht absehbar ist, zeigen solche Erklärungen, wie ernst die Lage ist.

Der Kapitalismus strebt direkt dem Abgrund zu

Der Nahe Osten ist ein Pulverfass, und es gibt einige, die gewillt sind, ein Streichholz dranzuhalten. Die militärischen Mittel sind bereits in Stellung gebracht, und selbst die klarsten Fraktionen der herrschenden Klasse sind in dem Moment kampfbereit, wenn der Nutzen die Kosten übertrifft. Doch im heutigen zerfallenden Kapitalismus begünstigt die Atmosphäre die irrationaleren bürgerlichen Fraktionen. Die „messianische“ Kriegshetze Netanjahus in Israel wird von Achmadinedschads Beschworung des Imam Madhi, dem prophezeiten Heiland im Islam, perfekt widerspiegelt.

Der imperialistische Krieg kommt einer wahren Selbstzerstörung des Kapitalismus gleich, und der Verlauf dieses senilen und obsoleten Systems macht solch einen Ausgang immer wahrscheinlicher. Selbst wenn die Kriegsteilnehmer vom Rand zurücktreten, wird dies nur ein momentaner Aufschub sein. Die Spannungen werden bleiben und sich zuspitzen, und solange der Kapitalismus bleibt, wird die irrsinnige Logik des Systems erbarmungslos zum Krieg streben.

Tino (bearbeitet nach einem Artikel in der Internationalen Revue Nr. 149 – engl., franz., span. Ausgabe)

1) http://en.wikipedia.org/wiki/Hama_massacre

2) <http://rt.com/news/american-superconventional-bomb-951>

3) <http://iranprimer.usip.org/resource/iran-and-china>

4) Die Zeitschrift für internationale Nachrichten gehört der offiziellen Volkszeitung in China.

5) <http://www.globaltimes.cn/NEWS/tarbid/99/ID/686912/China-not-obliged-to-besiege-Iran.aspx>.

Fortsetzung von Seite 1

Tauziehen am Rande des Abgrundes

Euro nicht primär ein großer Schritt zum vereinten Europa ist, sondern ein Instrument, um die Dominanz der D-Mark zu beseitigen“, äußerte Hans-Peter Schwarz in seiner Kohl-Biographie. In der Tat gelang es den Rivalen Deutschlands, mit der Gründung der EZB als obersten Währungshüter des Euro die Abhängigkeit der restlichen EU von den Entscheidungen der zumeist auf Stabilität der D-Mark bedachten Bundesbank zu lösen.

Das Fehlen einer politischen Dimension für die europäische Einheit, das hierzulande immer wieder als „Geburtsfehler“ der Währungsunion beklagt wurde, war aus der Sicht der Rivalen des deutschen Kapitals durchaus kein Versäumnis, sondern Kalkül. Maastricht war der goldene Käfig, in dem der deutsche Imperialismus eingeschlossen werden sollte.

Die politische Union: Der deutsche Imperialismus zwischen Wohl und Wehe

Kaum geriet die EU in die aktuelle „Schuldenkrise“, witterte die deutsche Bourgeoisie eine neue Chance. Zunächst hatte es den Anschein, als sei der Merkel-Regierung ein gewisser Erfolg bei ihren Bemühungen beschieden, den „Konstruktionsfehler“ des Maastrichter Vertrages zu beheben. So wurde die Aushandlung des Fiskalpaktes Anfang dieses Jahres hierzulande als Erfolg der deutschen Politik verbucht. Schließlich bedeutet er einen ersten substanziellen Schritt zu einer gemeinsamen europäischen Haushaltspolitik und einen kleinen Schritt zur politischen Union. Und nicht zuletzt die deutsch-französische Liaison unter Merkel/Sarkozy trug zur zeitweisen Stärkung der deutschen Stellung bei.

Spätestens mit dem Antritt des Sozialisten Hollande zum französischen Staatspräsidenten drehte sich der Wind wieder und bläst seither der deutschen Bourgeoisie ins Gesicht. Der beispiellose Absturz der griechischen Wirtschaft machte deutlich, dass das Spardiktat, das die Euro-Gruppe unter deutscher Federführung Griechenland aufzwang, die Lage nur noch weiter verschlimmerte. Allerorten geht das Gespenst der Rezession um, allein Deutschland weist noch ein geringes Wachstum auf. So stimmte Hollande in den Chor jener ein, die mehr „Solidarität“ Deutschlands mit den Südstaaten – die Schuldenunion - und eine Lockerung der strikten Geldpolitik der EZB – die Monetarisierung - fordern. Auf dem Euro-Krisengipfel Ende Juni war die Isolation Deutschlands innerhalb der Euro-Zone mit Händen zu greifen; es stand einer Phalanx der Südstaaten, mit Frankeich an der Spitze, gegenüber, die sich scheinbar erfolgreich gegen den deutschen Kurs stemmte. In den hiesigen Medien herrschte mehrheitlich die Meinung vor, dass Merkel in Brüssel einen weiteren Schritt in Richtung einer Vergemeinschaftung der Schulden gemacht habe. Den nächsten Kontrapunkt zum deutschen „Kurs“ der Geldstabilität setzte EZB-Präsident Draghi, als er ankündigte, „alles zu tun, um den Euro zu erhalten“, was von den Finanzmärkten prompt so verstanden wurde, dass die EZB italienische und spanische Staatsanleihen aufkaufen werde. Der Aufschrei war groß in Deutschland, allerdings nicht so sehr im politischen Berlin, sondern vielmehr in der Finanzhochburg Frankfurt. Während deutsche Finanzexperten, allen voran Bundesbankchef und EZB-Mitglied Weidmann, offen vor einem inflationären Sündenfall warnten, hielt sich die politische Klasse in Deutschland bedeckt, ja, übernahmen Schäuble und Merkel nahezu wortgleich die Formulierung Draghis.

Wenn Merkel und Schäuble sich jetzt „bewegen“ und ihre bisherigen Positionen etwas aufzuweichen scheinen, dann geschieht dies jedoch nicht, weil die deutsche Bourgeoisie plötzlich von der Alternative überzeugt ist, die die Südstaaten favorisieren: Die

Vergemeinschaftung der Schulden via Eurobonds führt - neben der finanziellen Belastung Deutschlands – ohne deutsches Diktat möglicherweise zur Auflockerung der Sparpolitik in den besonders betroffenen Euro-Ländern. Und die Monetarisierung, sprich: die Herausgabe frischen Geldes durch die Notenpresse beschwört die Gefahr der Inflation herauf. Nein, sie tun dies, weil ihnen keine andere Wahl bleibt. Ein weiteres Beharren auf Schuldenabbau und Geldstabilität könnte einen verhängnisvollen Prozess in Gang setzen, in dessen Verlauf der Ausstieg Griechenlands aus der Euro-Zone nur der Anfang vom Ende der Euro-Zone, wenn nicht sogar der Europäischen Union ist.

Die Schuldenunion: Hintergründe für die deutsche Kursänderung

Allen Planspielen in deutschen Konzernen für den Fall einer Auflösung der Euro-Zone zum Trotz wäre ein Rückfall in den Zustand vor der Währungsunion aus wirtschaftlicher Sicht für den deutschen Kapitalismus eine Katastrophe - sowohl für den Finanzsektor, für Banken und Versicherungen, die Kredite in astronomischer Höhe in den Wind schreiben könnten, als auch für die sog. Realwirtschaft, für die die Euro-Zone und die EU insgesamt immer noch der größte Absatzmarkt darstellt.

Doch daneben spielen auch die Befürchtungen der deutschen Bourgeoisie vor dem eigenen Bedeutungsverlust in den globalen imperialistischen Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle bei ihrem Abwägen zwischen den verschiedenen Alternativen. Eine Auflösung der Euro-Zone und schlimmstenfalls der gesamten Union würde den imperialistischen Ambitionen der deutschen Bourgeoisie ein jähes Ende setzen. Ohne europäisches Hinterland drohte dem deutschen Imperialismus das Los, zum Spielball der interimperialistischen Auseinandersetzungen in einer - nach dem Aufstieg Chinas - zunehmend multipolaren Welt zu werden. So handelt es sich bei der „Kursänderung“ der deutschen Politik eher um einen taktischen Rückzug, um nicht die langfristige Strategie des deutschen Imperialismus zu gefährden: die Schaffung eines Europas unter deutscher Regie.

Doch das vielleicht wichtigste Motiv für das Einlenken der Merkel-Regierung ist die Furcht vor... der Arbeiterklasse. Das mag sich verwegen anhören, ist doch die Antwort der Arbeiterklasse auf die beispiellosen Angriffe besonders der spanischen, italienischen, portugiesischen, irischen und griechischen Bourgeoisie bisher alles andere als adäquat. Dennoch treibt die europäischen, insbesondere aber die deutsche Bourgeoisie die Sorge vor der sozialen Unruhe um. Auch wenn die Erinnerung immer mehr verblasst, wirkt das Trauma der revolutionären Welle von 1917-23 noch immer nach. Sicher, der verzweifelte Kampf der schwachen Arbeiterklasse Griechenlands gegen die existenzbedrohenden Angriffe hat den Herrschenden keinen großen Schrecken eingejagt. Anders verhält es sich dagegen, wenn die italienischen oder spanischen ArbeiterInnen auf den Plan treten, die mit ihrer zahlenmäßigen Stärke, ihrer Kampfkraft und nicht zuletzt dank ihrer historischen Erfahrung ein ganz anderes Gewicht im internationalen Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit darstellen. Und nicht auszumalen, wenn das französische Proletariat in Aktion tritt. Mit seiner Strahlkraft gerade gegenüber der deutschen Arbeiterklasse kann sein Kampf die Initialzündung für einen grenzüberschreitenden Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Generalangriff auf seine Lebensbedingungen sein. Wahrhaftig Grund genug für die Herrschenden, Kreide zu fressen. **9.9.2012**

Wo wird das enden? Wie können wir antworten?

Wir veröffentlichen ein Flugblatt mit dem die IKS während der letzten Massenprotesten in Spanien interveniert hat. Wir freuen uns über die Diskussion und Weitergabe (nutzt dafür die Version auf der Internetseite).

Wie können wir antworten?

Erhöhung der Mehrwertsteuer, Kürzung der Löhne der Staatsangestellten, Streichung von Arbeitslosenunterstützungen, Massenentlassungen im öffentlichen Dienst ...

Wo wird das enden? Wie können wir antworten?

1984 setzte die damalige Regierung der PSOE (Sozialistische Partei) die erste Arbeitsmarkt-Reform durch. Vor kaum drei Monaten hat die jetzige PP-Regierung (des rechten Partido Popular) mit der Umsetzung der schwersten Arbeits-Reformen begonnen, die es bisher je gegeben hat. 1985 setzte die PSOE-Regierung die erste Renten-Reform durch; im Jahr 2011 kam es zu einer weiteren. Wann wird die nächste folgen? In den letzten 30 Jahren haben sich die Lebensbedingungen für die Arbeiter allmählich verschlechtert, aber seit 2010 hat sich der Rhythmus der Verschlechterungen gewaltig beschleunigt, und mit den neuen Maßnahmen der PP-Regierung werden Stufen erreicht, die leider noch nichts sind im Vergleich zu den Angriffen, die uns erwarten. Es gab aber zudem eine Verschärfung der Polizeirepression: Gewalt gegen die Studenten in Valencia im vergangenen Februar; Knüppel gegen die Bergarbeiter; der Einsatz von Gummischrot, der unter anderem bei einem Mädchen zu einem riesigen Bluterguss am Rücken führte; die Schließung des Kongresses durch die Polizei angesichts der spontanen Demonstrationen, die in der ersten Juli-Hälfte ausgebrochen sind ...

Wir, die UNGEHEURE MEHRHEIT, nicht nur ausgebeutet und unterdrückt, sondern auch empört, wir Arbeiter_innen des öffentlichen und des privaten Sektors, Arbeitslose, Student_innen, Rentner_innen, Einwanderer_innen... wir haben eine Menge Fragen zu allem, was da passiert.

Wir müssen diese Fragen gemeinsam auf den Straßen und Plätzen stellen, an den Arbeitsplätzen, um zusammen Antworten zu finden – um eine massenhafte, überzeugende und nachhaltige Antwort zu geben.

Der Zusammenbruch des Kapitalismus

Die Regierungen wechseln sich ab, aber die Krise wird immer schlimmer, und wir werden je länger je härter getroffen. Jedes Gipfeltreffen der EU, der G20 usw. wird dargestellt als die „endgültige Lösung“ ... und schon am Tag darauf entpuppt sie sich als Totalausfall. Sie sagen uns, dass die Einschnitte nötig seien, um die Risiken für die bedrohte Wirtschaft zu verringern, und am Tag darauf sehen wir, dass das genaue Gegenteil wahr ist. Nach so vielen Einschnitten in unseren Lebensstandard bekennt der IMF, dass wir bis 2025 (!) warten müssen, um wieder den Lebensstandard von 2007 zu erreichen. Die Krise rückt unerbittlich und unaufhaltsam vor und lässt in ihrem Kielwasser Millionen von zerstörten Existenzen zurück.

Natürlich sind einige Länder besser dran als andere, aber wir müssen die Welt als Ganzes betrachten. Das Problem ist nicht begrenzt auf Spanien, Griechenland oder Italien, noch kann es reduziert werden auf eine „Euro-Krise“. Deutschland ist am Rande der Rezession und hat 7 Millionen Mini-Jobs (mit Löhnen von 400 Euro pro Monat). In den USA steigt die Arbeitslosigkeit mit der gleichen Geschwindigkeit wie die Zahl der Wohnraumräumungen. In China hat sich das Wirtschaftswachstum während nun schon 7 Monaten verlangsamt trotz der wahn-sinnigen Immobilien-Blase, die dazu geführt hat, dass allein in Peking 2 Millionen Wohnungen leer stehen.

Wir erleben am eigenen Leib die weltweite und

historische Krise des kapitalistischen Systems, zu dem alle Staaten gehören – unabhängig von deren offizieller Ideologie, ob sie sich „kommunistisch“ nennen wie China oder Kuba, „sozialistisch“ wie Frankreich, „demokratisch“ wie die USA, „liberal“ wie Spanien und Deutschland oder ob sie sich auf den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ berufen wie Ecuador oder Venezuela.

Der Kapitalismus hat den Weltmarkt geschaffen, aber vor bald 100 Jahren hat er sich in ein reaktionäres System verwandelt, das die Menschheit in die schlimmste Barbarei geführt hat: zwei Weltkriege, unzählige regionale Kriege, die Zerstörung der Umwelt ... und während es Momente eines künstlichen Wirtschaftswachstums gegeben hat, auf der Grundlage von Spekulation und Blasen aller Art, stürzt es heute und seit 2007 in die schlimmste Krise seiner Geschichte mit der Pleite von Staaten, Firmen und Banken, die sich vor einer ausweglosen Insolvenz befinden. Das Ergebnis eines solchen Debakels ist eine gigantische menschliche Katastrophe. Während sich die Hungersnot und die Armut in Afrika, Asien und Lateinamerika ausbreiten, verlieren in den sogenannten reichen Ländern Millionen von Menschen ihre Jobs, Hunderttausende werden aus ihren Häusern vertrieben und die Mehrheit der Lohnarbeitenden weiß nicht, wie sie es bis zum Monatsende schaffen soll mit den steigenden Kosten und der geringeren Verfügbarkeit von sozialen Dienstleistungen, so dass das Leben je länger je prekärer wird, und dazu kommt schließlich das erdrückende Gewicht der direkten und indirekten Steuern.

Der demokratische Staat ist die Diktatur der kapitalistischen Klasse

Der Kapitalismus teilt die Gesellschaft in zwei Pole: den Minderheitspol der kapitalistischen Klasse, die alles besitzt und nichts produziert; und den Mehrheitspol der ausgebeuteten Klassen, die alles produzieren und immer weniger davon erhalten.

Die kapitalistische Klasse, dieses 1% der Bevölkerung, wie die Occupy-Bewegung in den USA gesagt hat, tritt immer korrupter, arroganter und beleidigender auf. Sie häuft schamlos Reichtum an; sie zeigt sich ganz gefühllos gegen das Leiden der Mehrheit; und überall, wo es nötig zu sein scheint, lässt sie ihr politisches Personal Kürzungen und Sparmaßnahmen umsetzen. Warum denn kann sie trotz der großen Bewegungen der sozialen Empörung, die sich 2011 entfaltet haben (in Spanien, Griechenland, den USA, Ägypten, Chile, etc.), immer noch eine Politik gegen die Interessen der Mehrheit durchziehen? Warum ist unser Kampf trotz der wertvollen Erfahrungen, die er uns gebracht hat, bei Weitem ungenügend gemessen an dem, was erforderlich wäre?

Eine erste Antwort liegt im Betrug des demokratischen Staates. Dieser stellt sich dar als „Ausdruck aller Bürger“, aber in Wirklichkeit ist er das ausschließliche und ausschließende Organ der kapitalistischen Klasse. Er dient völlig deren Interessen und kann sich auf zwei Hände verlassen: die Rechte bestehend aus Polizei, Gefängnissen, Gerichten, Gesetzen, Bürokratie, die es in Bewegung setzt, um uns zu unterdrücken und jeden Versuch des Aufstands niederzuschlagen. Und die Linke bestehend aus den politischen Parteien mit allen möglichen Ideologien, den scheinbar unabhängigen Gewerkschaften und verschiedensten Institutionen, die angeblich den sozialen Zusammenhalt zu unserem Wohl schützen sollen ... – eine ganzes Arsenal, das uns Luftschlösser malt, damit wir uns täuschen, spalten und demoralisieren lassen.

Was haben uns all die Wahlen alle vier Jahre gebracht? Haben die Regierungen je ihre Wahlversprechen gehalten? Welches immer auch ihre Ideologie war: Auf wessen Seite standen sie? Auf derjenigen ihrer Wähler_innen oder auf derjenigen des Kapitals? Was haben all die Reformen

und Änderungen gebracht, die bei der Bildung, der sozialen Sicherheit, in der Wirtschaft, der Politik, etc. umgesetzt wurden? Waren sie nicht ein großer Betrug im Stile: „Alles muss sich ändern, damit alles beim Alten bleibt“? Wie die Bewegung des 15. Mai (15M) seinerzeit sagte: „Sie nennen es Demokratie, und sie ist es nicht – es ist eine Diktatur, und wir sehen sie nicht“.

Angesichts der weltweiten Elends: Weltrevolution gegen das Elend!

Der Kapitalismus führt zum verallgemeinerten Elend. Aber wir sollten im Elend nicht nur das Elend sehen! In diesem System befindet sich die wichtigste ausgebeutete Klasse, das Proletariat, die mit ihrer assoziierten Arbeit – die nicht beschränkt ist auf Industrie und Landwirtschaft, sondern die Arbeit in der Bildung, Gesundheit, im öffentlichen Dienst usw. mitumfasst – das Funktionieren der ganzen Gesellschaft gewährleistet. Deshalb hat diese Klasse die Fähigkeit, die kapitalistische Maschine zu lähmen und öffnet die Tür zur Schaffung einer Gesellschaft, wo das Leben nicht auf dem Altar des kapitalistischen Profits geopfert wird, wo die Wirtschaft der Konkurrenz durch eine Produktion ersetzt wird, die auf Solidarität beruht und der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dient. Kurz, eine Gesellschaft, welche die Widersprüche, in die der Kapitalismus die Menschheit verwickelt, aufhebt.

Dies ist nicht bloß ein Wunschtraum, sondern die historische und weltweite Erfahrung von 200 Jahren des Kampfes der Arbeiterbewegung, aber das Ziel erscheint noch als weit entfernt und schwierig zu erreichen. Einen Grund dafür haben wir schon erwähnt: Man betrügt uns ständig mit der Illusion des demokratischen Staates. Aber es gibt tieferliegende Gründe: Die Mehrheit der Arbeiter_innen verstehen sich nicht als solche. Wir haben nicht das nötige Selbstvertrauen, um uns als selbständige gesellschaftliche Kraft zu begreifen. Und vor allem die Lebensweise dieser Gesellschaft, die auf der Konkurrenz, auf dem Kampf eines Jeden gegen Jeden beruht, führt uns in die Vereinzelung, jeder für sich, zur Trennung voneinander und zur Konfrontation gegeneinander, statt miteinander.

Das Bewusstsein über diese Probleme, die offene und brüderliche Debatte über sie, die kritische Wiederaneignung der Erfahrung von mehr als zwei Jahrhunderten des Kampfes sind die Mittel, um diese Situation zu überwinden und auf die Angriffe zu reagieren. Am gleichen Tag, als Premierminister Rajoy die neuen Maßnahmen ankündigte (11. Juli), begannen schon Antworten aufzutauchen. Viele Menschen gingen nach Madrid, um ihre Solidarität mit den Bergarbeitern zum Ausdruck zu bringen. Diese Erfahrung der Einheit und Solidarität wurde in den darauf folgenden Tagen konkretisiert mit spontanen Demonstrationen, zu denen über die sozialen Netzwerke aufgerufen wurde. Es war eine Initiative von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, außerhalb der Gewerkschaften. Die Frage ist, wie wir weitermachen, wohl wissend, dass der Kampf lang und schwierig sein wird? Hier einige Vorschläge:

Vereinter Kampf: Arbeitslose, Beschäftigte im öffentlichen und privaten Sektor, Lehrlinge und Ausgebildete, Rentner_innen, Student_innen, Einwanderer_innen: Zusammen schaffen wir es. Kein Sektor darf isoliert und abseits stehen bleiben. Angesichts einer Gesellschaft der Spaltung und der Vereinzelung müssen wir die Kraft der Solidarität zeigen.

Offene Vollversammlungen: Das Kapital wird stark bleiben, solange wir alles in den Händen von Berufspolitikern und Spezialisten der gewerkschaftlichen Vertretung lassen, die uns ständig verraten. Vollversammlungen zum kollektiven Nachdenken, für die Diskussion und zum gemeinsamen Entscheid. Damit wir alle Verantwortung übernehmen für die Umsetzung dessen, was wir beschlossen haben; damit wir Freude daran haben, zusammen zu sein; damit wir die

Barrieren der Einsamkeit und Isolation durchbrechen und Einfühlungsvermögen und Vertrauen kultivieren können.

Suchen wir die internationale Solidarität: Die Verteidigung der Nation macht aus uns Kanonennutter für den Krieg, schafft Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, trennt uns und stellt uns gegeneinander. Doch die Arbeiter_innen der ganzen Welt sind die einzigen, denen wir vertrauen können, um die Kraft zu schaffen, die es braucht, um die Angriffe des Kapitals zurück zu schlagen.

Kommen wir zusammen an den Arbeitsplätzen, in den Vierteln, im Internet, in Kollektiven, um über alles nachzudenken, das vor sich geht; organisieren wir Treffen und Debatten, welche die kommenden Kämpfe befruchten und vorbereiten. Es genügt nicht, bloß zu kämpfen! Wir müssen mit dem klarst möglichen Bewusstsein darüber, was passiert, was unsere echten Waffen sind, wer unsere Freunde und wer unsere Feinde sind, kämpfen!

Jede gesellschaftliche Veränderung ist unausweichlich auch eine individuelle Veränderung. Unser Kampf kann sich nicht auf eine einfache Änderung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen beschränken. Vielmehr geht es um eine radikale Änderung des gesellschaftlichen Systems und somit unseres eigenen Lebens, unserer Sicht der Dinge, unserer Wünsche. Nur so können wir die nötige Kraft entwickeln, um den unzähligen Fallen zu widerstehen, die man uns in den Weg stellen wird, den physischen und moralischen Schlägen, die auf uns niedergehen werden. Es braucht eine Änderung in der Mentalität hin zur Solidarität, zum kollektiven Bewusstsein, die nicht nur der Kitt unsere Einheit sind, sondern das Fundament einer zukünftigen Gesellschaft jenseits der wilden Konkurrenz und der alles durchdringenden Kommerzialisierung in der kapitalistischen Gesellschaft.

Internationale Kommunistische Strömung,

Wir fordern unsere LeserInnen auf unsere internationalen Webseiten zu verfolgen. Die meisten Artikel erscheinen in den drei Organisationsprachen: französisch, englisch und spanisch. Wie du die IKS unterstützen

Wir können nicht verschweigen, dass die Kräfte der IKS im Vergleich zu der enormen Verantwortung, die diese Situation erfordert, sehr beschränkt sind. Wir erleben weltweit das Auftauchen einer neuen Generation, welche angesichts der Krise des Systems nach revolutionären Antworten sucht. Deshalb ist es notwendig, dass all die, die mit den allgemeinen Zielen unserer Organisation sympathisieren, Verbindung mit der IKS aufnehmen und unsere Fähigkeit zu handeln und zu wachsen mit ihrem eigenen Beitrag unterstützen.

Wir meinen damit nicht allein unserer Organisation beizutreten, auch wenn das ein gern gesehenes Ergebnis sein könnte. Wir schätzen jede Art von Unterstützung und Hilfe, von allen, die grundsätzlich mit unserer Politik übereinstimmen. [...]

Helfe uns bei Übersetzungen in/aus den vielen verschiedenen Sprachen in welchen wir schreiben. Die IKS hat Internetseiten unterschiedlicher Größe in: englisch, französisch, spanisch, deutsch, holländisch, italienisch, portugiesisch, ungarisch, schwedisch, finnisch, russisch, türkisch, bengali, koreanisch, japanisch, chinesisches und filipino/tagalog. Es gibt immer noch genug Artikel aus den verschiedensten Sprachen, die auf ihre Übersetzung warten, einschließlich einiger grundsätzlichen Basistexte unserer Organisation. Wenn du in der Lage bist, in diese oder andere Sprachen zu übersetzen, teile uns dies mit.

<http://de.internationalism.org/IKSonline2012>

Zum Tode von Robert Kurz: Nicht widerlegt, nicht gescheitert

Wir veröffentlichen den Nachruf eines Sympathisanten der IKS. Auch wir sind tief erschüttert über den Tod von Robert Kurz und möchten unser Beileid gegenüber seinen Angehörigen, seinen politischen WeggefährtenInnen und seinen FreundInnen zum Ausdruck bringen. Robert Kurz ging es immer um die Befreiung der Menschheit in einer neuen, bewusst aufzubauenden Weltgesellschaft. Dies bleibt unser gemeinsames Bestreben. Wir werden uns zum Lebenswerk von Robert Kurz zu einem späteren Zeitpunkt äußern. [IKS]

Am 18. Juli starb der marxistische Wirtschaftstheoretiker Robert „Bobby“ Kurz aufgrund eines ärztlichen Behandlungsfehlers, als er - statt an den Nieren - an der Bauchspeicheldrüse operiert wurde. Damit ging mit 68 Jahren vorzeitig eine wissenschaftliche Forschungstätigkeit zu Ende, die die Ergebnisse seiner theoretischen Annahmen nicht mehr weiter verifizieren konnte. Er hinterlässt aber als Autor oder Co-Autor mit den Büchern wie zum Beispiel „Der Kollaps der Modernisierung“, „Honeckers Rache“, „Schwarzbuch Kapitalismus“, „Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg“, „Weltordnungskrieg“ und zahllosen anderen Beiträgen in den Theoriezeitschriften „Krisis“ und „Exit!“ eine große Menge an anschaulichem Material, mit dem er eine Art Zusammenbruchstheorie in allen ihren gesellschaftlichen Schattierungen auf Basis kapitalistischer Wertvergesellschaftung skizzierte.

Robert Kurz war einer der Wenigen, dem schon in den Siebziger Jahren die theoretische Enge bzw. Theorielosigkeit des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands (KABD) und anderer K-Gruppen zuwider war und deshalb begann, seine eigenen theoretischen Analysen auf marxistischer Grundlage zu entwickeln. Es gelang ihm, noch in den Achtziger Jahren revolutionär gestimmte Abtrünnige der niedergehenden K-Gruppen und andere politisch Interessierte um sich zu sammeln und mit ihnen - jenseits tagesaktueller Kampagnenpolitik - ein theoretisches Fundament zu erarbeiten, was die Stagnation kapitalistischer Entwicklungsvorhaben der Jetztzeit auf der Basis der Marxschen Arbeitswertlehre und Wertkritik

erklären konnte. Der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“, des Ostblocks, war eine erste zentrale Bestätigung seiner Annahmen und die Initialzündung für weitergehende ökonomische und gesellschaftliche Analysen auf Grundlage des „doppelten Marx“, wie Kurz es formulierte. Darunter versteht er den vom alten Arbeiterbewegungsmarxismus fast gänzlich unbeachteten, das kapitalistische Gesamtsystem transzendierenden Marxschen Theoriearm um Begriffe wie „Wertschöpfung“, „automatisches Subjekt“ und „Fetischcharakter des warenproduzierenden Systems“.

Robert Kurz wandte sich gegen das Hochjubeln der „Arbeiterklasse“ der K-Gruppen und die durch die „Linke“ und Parteien verstandene positive Besetzung des „Arbeitsbegriffs“. Er ersetzte ihn in den Folgejahren durch eine Perspektive des „produktiven Müßiggangs“, also einer Kategorie, die jeglichen Arbeiterstolz, Fleiß, Opfer, Genügsamkeit und jegliche Form des Proletenkults negiert. Hinzu kommt seine Feststellung, dass Arbeiter wie Angestellte, Manager wie Kapitalisten gleichermaßen einem subjektlosen und fetischisierten - aber mit Feuerwaffen und Staat über die Jahrhunderte durchgesetzten Wertverwertungszusammenhang von Waren und Geld ausgesetzt waren, den sie heute wie eine „zweite Natur“ anerkennen und den sie nicht hintergehen wollen. So war für Robert Kurz die Reduktion auf den „Klassenkampf“ eine zu einseitige Spielart der Marxschen Analyse, weil für ihn selbst über die Lohnkämpfe und durch die Revolution von 1917 die Wert- und Fetischform des Kapitals nicht überwunden wurden.

Weiter sind für Robert Kurz der Niedergang der so genannten „3. Welt“, dann des Ostblocks und das Hineinfressen der Krise in die imperialistischen Kernzentren untrügliche Zeichen dafür, dass die Ausdünnung der Wertschöpfung der Produkte (der variable Teil des Kapitals plus Mehrwert) durch aufeinanderfolgende produktivere Zyklen aufgrund der mikroelektronischen Revolution seit Mitte der Siebziger Jahre, immer größere und schnellere Rationalisierungspotentiale nach sich ziehen mussten, die nicht durch Neueinstellungen kompensiert werden konnten. Die Folge: Genau wie immer größere Massen an Lohnarbeitern außer Kurs gesetzt oder monetär degradiert werden, so versucht das Kapital nun, neue und höhere Profite im „finanzspekulativen

Überbau“ zu generieren, also sich zunächst als realwirtschaftlicher Betrieb über die Börsen in die „schwarzen Zahlen“ zu zocken, um genügend Kapital für den nächsten Akkumulationszyklus zu haben. So wie hier für Robert Kurz der Grund für die Finanzblasen und Börsenkräche liegt, fehlen den Staaten mangels Besteuerungsmöglichkeiten die liquiden Mittel, um eine Gesundheits- und Infrastruktur aufrecht zu erhalten, die den Namen noch verdient. Die weitere Folge: Die fetischistische Zurichtung der Akteure auf Ware, Wert, Geld, Zins und Kapital führt in einer nicht enden wollenden Abfolge zu absurden Verteilungskämpfen, neuen Krisen, Kriegen, Staatszerfall und Barbarisierung der Gesellschaft, ohne dass es noch irgendeine Hoffnung auf ein Anspringen der Weltkonjunktur mit Vollbeschäftigung geben könnte. Das heißt auch: Es gibt keinen plötzlichen Zusammenbruch, nicht den „großen Kladderadatsch“, was Robert Kurz als „Untergangspropheten“ permanent untergeschoben wurde, sondern eine länger andauernde Zersetzungsgeschichte des warenproduzierenden Systems mit katastrophalen Folgen, falls es nicht gelingt, den selbstdestruktiven Prozess umzukehren.

Dieses Szenario der Publikationen von „Marxistische Kritik“ über „Krisis“ bis „Exit!“ erlangte in den letzten 20 Jahren im In- und Ausland eine hohe Wertschätzung, was viele Einladungen zu Vorträgen nach sich zog. Dem kam Robert Kurz gerne nach; Reisen führten ihn bis nach Brasilien, Artikel von ihm wurden in viele Sprachen übersetzt. Nie gab er seine Unabhängigkeit auf, arbeitete lieber des Nachts in der Expedition der „Nürnberger Nachrichten“, als auf eine wie auch immer geartete Karriere zu spielen. Damit hatte er einen genügend großen Zeitfond für sich, um seinen eigentlich wichtigen Forschungs- und Schreibearbeiten nachgehen zu können. Er ging seinen eingeschlagenen Weg unbeirrt weiter, Anfeindungen beantwortete er scharfzünftig, scheute sich aber auch nicht, Brüche und Spaltungen hinzunehmen, um sich neu zu organisieren und seine Wert- und Abspaltungstheorie weiter ausformulieren zu können. Der Bruch der „Exit!“ von der „Krisis“ und Trennung von seinen langjährigen Weggefährten war eine Etappe in seinem Kampf um die Etablierung seiner theoretischen Annahmen ohne weitere Reibungsverluste.

Unbeirrbar seinen Weg zu gehen, machte ihn aber blind für mögliche Verbündete, die theoretisch auf ähnlichen politisch-ökonomischen Feldern operieren. So war ihm Organisation und Theorie der „IKS“ faktisch nicht bekannt. Er hielt eine progressive Organisationsstruktur mit ähnlichen theoretischen Ansätzen (Arbeiterräte, Dekadenztheorie der IKS, staatskapitalistischer Ostblock) für nicht möglich oder wies die IKS - ohne sie direkt zu erwähnen - in seinem Artikel „Antiökonomie und Antikritik“ pauschal einer Unterabteilung des für ihn überkommenen „Arbeitermarxismus“ zu: „Der neuere Linkskommunismus wiederum mit seinen teils maoistischen, teils aus dem italienischen „Operismus“ stammenden Ingredienzien ist über eine bestenfalls platonische Kritik der „Ware-Geld-Beziehungen“ ohne philosophiekritisch und anti-ökonomisch fundierte Kritik der Wertform nie hinausgekommen und bei ganz kruden Vorstellungen stehen geblieben, die in der Praxis nicht viel mehr als eine hedonistische Maskierung der alten Arbeiterbewegungs-Ideologie waren...“, d.h. sie schweigen wie das Grab über die konkrete Aufhebung der fetischistischen, vom Wert gesetzten Formbestimmtheit kapitalistischer Reproduktion.“

Obwohl Robert Kurz von den meisten „Linken“ weder gelesen, geschweige denn verstanden worden ist, muss man ihn unabhängig davon als einen herausragenden, Gesellschaftskritiker, Ökonomen und Revolutionär ansehen, der bis zu seinem Tod unverbrüchlich von der Richtigkeit der Marxschen Analysen überzeugt war, ihnen neue Seiten abgewinnen konnte und darauf seine persönliche Lebensperspektive aufgebaut hat. Viele andere Zeitgenossen seit 1968, seit er damals im SDS war, sind schon nach kurzer Zeit kläglich gescheitert und in der bürgerlichen Normalität versackt. Als Einzelperson hat er das geschafft, was andere von sich nicht zu träumen gewagt hätten. Robert Kurz ist bis heute theoretisch nicht gescheitert, nicht widerlegt. Tragisch wäre sein vorzeitiger Tod nur dann, wenn seine aufopferungsvolle Tätigkeit nicht genügend Nachahmer finden würde.

September 2012, TP

Lenin als Philosoph

1938 wurde Pannekoeks "Lenin als Philosoph" veröffentlicht. Die GCF (Gauche Communiste de France) übersetzte und veröffentlichte dieses Buch 1947 in ihrer Publikation "Internationalisme". Doch darüber hinaus steuerten die Genossen wichtige Beiträge zur Diskussion des historischen Materialismus und der Bilanz der russischen Revolution bei. Die Einleitung der IKS und den ersten Beitrag findet ihr nun auf unserer Website. Hier ein kleiner Auszug:

Politik und Philosophie von Lenin bis Harper (Teil 1)

Bei der Lektüre von Harpers Buch über Lenin wird deutlich, dass es sich um eine ernsthafte und tiefgehende Studie über Lenins philosophische Arbeit handelt, getragen von einer klaren Struktur der materialistischen Dialektik, mit der er Lenins philosophisches Konzept abgleicht.

Für Harper stellt sich das Problem folgendermaßen: Statt Lenins Konzeption der Welt von seiner politischen Aktivität zu trennen, besteht der beste Weg, sich das Handeln dieses Revolutionärs anzuschauen, darin, die dialektischen Ursprünge seiner Aktivität zu begreifen. Für Harper ist „Materialismus und Empirio-kritizismus“ das Werk, das Lenins Denken am besten beschreibt. Hier startet Lenin seinen Angriff auf den ausgeprägten Idealismus, den große Teile der russischen Intelligentsia, beeinflusst durch das philosophische Konzept Machs, angenommen hatten. Sein Ziel war es, dem Marxismus neues Leben einzuflößen, da dieser litt nicht nur unter dem Revisionismus Bernsteins sondern auch unter dem Machs itt.

Ausgehend von Marx und Dietzgen leitet Harper das Problem mit einer tiefgreifenden und scharfsinnigen Analyse der Dialektik ein. Mehr noch, Harper macht in seiner Untersuchung einen deutlichen Unterschied zwischen dem frühen Marx mit seinen ersten philosophischen Studien und dem späteren Marx, der mit der bürgerlichen Ideologie gebrochen hatte und den Klassenkampf „entdeckt“ hatte. Diese

Unterscheidung erlaubt ihm den Widerspruch zwischen dem bürgerlichen Materialismus der prosperierenden kapitalistischen Epoche - verkörpert durch die Naturwissenschaft - und des revolutionären Materialismus, konkretisiert in der Wissenschaft der Gesellschaftsentwicklung, hervorzuheben. Harper bemüht sich, verschiedene, von Lenin entwickelte Konzeptionen zu widerlegen, die sich nach seiner Meinung weniger auf die Auseinandersetzung mit Machs Ideen bezogen als eher aus polemischen Gründen benutzt wurden, um die Einheit der russischen sozialdemokratischen Partei zu festigen.

Interessant ist Harpers Arbeit in Bezug auf sein Studium der Dialektik, wichtig seine Behandlung der Art und Weise, wie Lenin Machs Ideen korrigiert, doch der unbestreitbar interessanteste Teil (da er die wichtigsten Konsequenzen nach sich zieht) ist die Analyse der Quellen des Materialismus Lenins und ihr Einfluss auf seine Aktivitäten in der internationalen sozialistischen Diskussion und der Revolution 1917 in Russland.

Der erste Teil der Kritik beginnt mit einer Studie

der philosophischen Ahnen Lenins, von Holbach über verschiedene französische Materialisten wie Lametrie bis hin zu Avenarius. Das gesamte Problem dreht sich um die Erkenntnistheorie. Selbst Plechanow entkam nicht der Sogwirkung des bürgerlichen Materialismus. Feuerbach ging Marx voran. All dies erschwerte das soziale Denken des gesamten russischen Marxismus, allen voran Lenins.

Harper betont korrekterweise den statischen Blick auf die Welt, der die Erkenntnistheorie des bürgerlichen Materialismus kennzeichnet, und kontrastiert dies mit der Natur und Orientierung des revolutionären Materialismus.

Die Bourgeoisie betrachtet die Erkenntnis als ein rein empfangendes Phänomen (nach Harper teilt auch Engels diese Sicht). Für sie bedeutet Erkenntnis einfach Vorstellung und Empfindung der externen Welt - als ob wir nicht mehr als ein Spiegel seien, der mehr oder weniger zuverlässig die externe Welt widerspiegeln würde. Darin erkennen wir, warum die Naturwissenschaften das Schlachttross der bürgerlichen Welt waren. In ihren ersten Ausformungen basierten Physik, Chemie und Biologie mehr auf einem Versuch,

Massaker in Südafrika

Die Herrschenden hetzen ihre Bluthunde auf die Arbeiter

Am 16. August fielen in den Minen von Marikana im Nord-Westen von Johannesburg 34 Arbeiter unter den Schüssen der südafrikanischen Polizei, die darüber hinaus noch weitere 78 Arbeiter verletzte. Mehrere Hundert Demonstranten wurden verhaftet. Sofort gingen die Bilder von diesen Erschießungen um die Welt. Aber wie immer verzerrten die Herrschenden und ihre Medien den Klassencharakter dieses Streiks und reduzierten ihn auf schmutzige Auseinandersetzungen zwischen den beiden größten Bergarbeitergewerkschaften, was an die dunkelsten Zeiten während der Zeit der

Trotz der Investitionen von Hunderten von Milliarden Euros zur Unterstützung der Wirtschaft ist das Wachstum schwach geblieben und die Arbeitslosigkeit weiterhin massiv angestiegen[1]. Ein Teil des Reichtums des Landes basiert auf dem Export von Rohstoffen wie Platin, Chrom, Gold und Diamanten, die in den Minen gefördert werden. Diese Wirtschaftsbranche, die mehr als 10 Prozent des BIP erwirtschaftet, 15 Prozent des Exportes und mehr als 800.000 Jobs umfasst, litt 2011 unter einer starken Rezession. Der Kurs des Platins, von dem Südafrika ca. 80 Prozent der Weltreserven besitzt, ist seit Anfang des Jahres stark rückläufig.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter, die ohnehin schon extrem schlecht sind, haben sich weiter verschlechtert. Sie erhalten Hungerlöhne (ungefähr 400 Euro im Monat), wohnen in Elendshütten, schufteten oft neun Stunden in sehr heißen und stickigen Schächten. Jetzt stehen sie vor Entlassungen, Produktionsstillständen und Arbeitslosigkeit. Deshalb fanden in Südafrika zahlreiche Streiks statt. Bereits seit Februar befanden sich die Arbeiter der größten Platinmine der Welt, die von Impala Platinum betrieben wird, im Ausstand. Die von Präsident Zuma, dem Nachfolgers des berühmten Nelson Mandela, geführte Regierung wollte in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften diese Dynamik kippen. Denn die Entwicklung von Arbeiterkämpfen in Südafrika ist ein Teil der weltweiten Reaktionen der Arbeiterklasse auf die Weltwirtschaftskrise.

Das Massaker von Marikana – eine von den Gewerkschaften errichtete Falle

Vor diesem Hintergrund beschlossen am 10. August 3.000 Bergarbeiter Marikanas, die Arbeit niederzulegen, um anständige Löhne durchzusetzen, d.h. ca. 1250 Euros. „Wir werden ausgebeutet, weder die Regierung noch die Gewerkschaften haben uns geholfen [...] Die Bergwerkesgesellschaften verdienen dank unserer Arbeit Geld, aber man zahlt uns Hungerlöhne. Wir können nicht anständig leben. Aufgrund der miserablen Löhne zwingt man uns dazu, wie Tiere zu hausen.“ [2] Die Bergarbeiter traten in einen wilden Streik. Zwei Gewerkschaften, die National Union of Mineworkers (NUM) und die Gewerkschaft der Berg- und Bauarbeiter

(AMCU) prallten gewaltsam aufeinander, um ihre jeweiligen Interessen zu verteidigen, wobei sie die Arbeiter in die Mausefalle gewaltsamer Zusammenstöße trieben.

Die NUM ist eine völlig korrupte Gewerkschaft und mit dem Machtapparat des Präsidenten Jacob Zuma verwoben. Die offene Zusammenarbeit und die systematische Unterstützung für die Regierungspartei, den African National Congress (ANC), hat diese Gewerkschaft schließlich in den Augen zahlreicher Beschäftigter diskreditiert. Dieser Glaubwürdigkeitsverlust führte zur Bildung einer Gewerkschaft, die radikalere Töne anschlug: die AMCU.

Aber wie die NUM kümmert sich die AMCU genauso wenig um die Interessen der Bergarbeiter. Nach einer sehr aggressiven Rekrutierungskampagne hat die Gewerkschaft den Streik ausgenutzt, um mit ihren Schlägertrupps Auseinandersetzungen mit der NUM anzuzetteln. Dabei wurden mehr als zehn Bergarbeiter ermordet, mehrere verletzt. Abgesehen davon haben die Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften den Ordnungskräften auch einen Vorwand zum Eingreifen geliefert. Sie verübten ein wahres Massaker, mit dem die Dynamik der Arbeiterkämpfe gebrochen werden sollte.

Nach tagelangen Zusammenstößen forderte Frans Baleni, Generalsekretär der NUM, den Einsatz der Armee: „Wir verlangen den Einsatz von Sonderkräften oder der südafrikanischen Armee, bevor die Lage ganz außer Kontrolle gerät.“ [3] Warum eigentlich nicht gleich die Mine aus der Luft bombardieren, Herr Baleni? Aber die Arbeiter steckten schon in der Falle. Am nächsten Tag schickte die Regierung Tausende von Polizisten, gepanzerte Fahrzeuge und zwei Hubschrauber, um die Ordnung wiederherzustellen – d.h. natürlich die bürgerliche Ordnung!

Mehreren Zeugenaussagen zufolge, die in Anbetracht des Rufs der südafrikanischen Repressionskräfte vermutlich authentisch sind, hat die Polizei die Arbeiter ständig zu provozieren versucht, sie mit Flashballs, Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen angegriffen, unter dem Vorwand, dass die Streikenden über Schusswaffen verfügten.

Am 16. August wagten einige verbitterte und wütende Bergarbeiter nach Tagen erschöpfender Auseinandersetzungen und aufgestachelt durch die Gewerkschaftsvertreter, die – glücklicher Zufall! – an diesem Tag von der Bildfläche verschwunden waren, die Polizei mit Stöcken anzugreifen. Was? Der Mob „greift“ die Polizeikräfte an? Welche Frechheit! Und was konnten Tausende Polizisten mit ihren Schusswaffen, ihren Schutzschilden, ihren gepanzerten Fahrzeugen, ihren Wasserwerfern, ihren Tränengasgranaten, ihren Hubschraubern gegenüber einer Horde von 34 ‚Wilden‘ tun, die sie mit Schlagstöcken angriffen? Auf die Menge schießen, um „ihr eigenes Leben zu retten“.[4]

So tauchten bald diese ekelhaften, empörenden Bilder von dem Massaker auf. Die Arbeiterklasse muss ihre Empörung über solch eine Barbarei zum Ausdruck bringen muss; sie muss ferner begreifen, dass die Verbreitung dieser Bilder auch darauf abzielt, das Gefühl in den ArbeiterInnen der „demokratischen“ Länder zu erwecken, froh darüber zu sein, dass sie „frei“ mit gewerkschaftlichen Spruchbändern und Fahnen demonstrieren können. Und es ist eine implizite Warnung an all diejenigen auf dieser Welt, die gegen das Elend und das dafür verantwortliche System ankämpfen wollen.

Die Herrschenden wollen die Bewegung entstellen

Sofort nach dem Massaker erhoben sich überall Stimmen, um den „Dämon der Apartheid“ zu beschwören und leidenschaftliche Erklärungen abzugeben. Die Herrschenden wollen den wahren Anlass dieser Streikbewegung verschleiern und Fragen ethnischer und nationalistischer Konflikte in den Vordergrund drängen. Julius Malenna, im April aus dem ANC ausgeschlossen, kam regelmäßig nach Marikana, um die ausländischen Firmen an den Pranger zu stellen, die Verstaatlichung der Minen und die Ausweisung der „reichen weißen Großgrundbesitzer“ zu fordern.

Der Präsident Zuma erklärte heuchlerisch vor der Presse: „Wir müssen die Wahrheit über die Ereignisse ans Licht bringen, deshalb habe ich entschieden, eine Untersuchungskommission zur Aufklärung der wahren Ursachen dieses Vorfalls einzusetzen“. Die Wahrheit besteht darin, dass die Herrschenden die Arbeiterklasse hinter Licht zu führen versuchen, indem sie den Klassenkampf mit dem Schleier des Rassenkampfes verhüllen. Doch der Verdummungsversuch ist zu offensichtlich. War es nicht eine „schwarze“ Regierung, die dem Verlangen einer „schwarzen“ Gewerkschaft nach einem Polizeieinsatz Folge leistete? Und hat nicht eine „schwarze“ Regierung alles in ihrer Macht Stehende getan, um die Bergarbeiter weiterhin unter unmöglichen Bedingungen schufteten zu lassen? Hat nicht eine „schwarze“

Regierung Polizisten eingesetzt, die in der Zeit der Apartheid ausgebildet wurden, und Gesetze verabschiedet, die Polizisten zum gezielten Todesschuss ermächtigen? Ist diese „schwarze“ Regierung nicht aus den Reihen des ANC hervorgegangen, die von Nelson Mandela angeführt wird, der in der ganzen Welt als der Vorkämpfer der Demokratie und der Toleranz gepriesen wird?

Die Streiks dehnen sich aus

In der Nacht vom 19. auf den 20. August hat die Geschäftsleitung der Mine Lonmin den „3000 wild streikenden Beschäftigten befohlen, die Arbeit am 20. August wieder aufzunehmen, sonst droht ihnen die Entlassung.“ [5] Aber die Wut und die Lebensbedingungen der Bergarbeiter sind derart, dass sie dieser Aufforderung nicht nachgekommen sind, auf die Gefahr hin, entlassen zu werden. „Werden sie auch auf die schießen, die im Krankenhaus oder in der Leichenhalle liegen? Es ist besser auf die Straße zu fliegen, anstatt hier weiter zu leiden. Unser Leben wird sich nicht verbessern. Lonmin schert sich einen Dreck um unsere Arbeitsbedingungen; sie haben sich geweiigt mit uns zu reden, sie haben die Polizei auf uns gehetzt.“ [6] Während Lonmin schnell nachgeben musste, dehnte sich der Streik am 22. August mit den gleichen Forderungen auf andere Minen aus, die von Royal Bafokeng Platinum und Amplats betrieben werden. Als dieser Artikel verfasst wurde, war es noch nicht absehbar, ob die Streiks in Auseinandersetzungen zwischen den Rassen übergehen oder sich weiter ausdehnen. Aber das Massaker von Marikana hat klar aufgezeigt, was hinter der Gewalt eines demokratischen Staates steckt. Ob schwarz oder weiß, die Regierungen sind zu allen möglichen Massakern gegen die Arbeiterklasse bereit. **El Generico, 22.8.2012**

[1] Die Arbeitslosigkeit betrug Ende 2011 offiziell 35,4 Prozent.

[2] Zitiert aus Le Monde 16.8.2012.

[3] Communiqué der NUM vom 13.8.2012

[4] Erklärung der Polizei nach dem Massaker. Der Sprecher der Polizei wagte gar zu behaupten: „Die Polizei wurde feige von einer Gruppe angegriffen, die verschiedene Waffen benutzt hat, u.a. Schusswaffen. Die Polizisten mussten zum Schutz ihres eigenen Lebens gewaltsam vorgehen.“

[5] Communiqué von Lonmin 19.8.2012

[6] www.jeuneafrique.com, 19.8.2012

Fortsetzung von Seite 4

die Phänomene der externen Welt festzuschreiben, als auf den Versuch, die Realität zu interpretieren und zu analysieren. Die Natur schien ein großes Buch zu sein und das Ziel war es, natürliche Äußerungen in verständliche Zeichen zu übertragen. Alles schien geordnet, rational zu sein; Ausnahmen von dieser Ansicht konnten nicht zugelassen werden, es sei denn, sie würden als Unvollkommenheiten unserer Wahrnehmungsmittel erklärt werden. Zusammengefasst wurde Wissenschaft zu einem Abbild der Welt, deren Gesetze unabhängig von Zeit und Raum immer die gleichen waren – jedoch abhängig von dem jeweiligen separaten Gesetz.

Das natürliche Objekt der ersten Bemühungen dieser Wissenschaft war dem Menschen äußerlich: Diese Wahl ist Ausdruck dafür, dass

es einfacher war, die externe sinnliche Welt zu erfassen als die weit konfusere menschliche Welt, deren Gesetze sich den einfachen Gleichungen der Naturwissenschaft entziehen. Wir müssen auch an die Bedürfnisse der aufstrebenden Bourgeoisie denken, die schnell und empirisch Zugriff auf alles außerhalb ihrer selbst benötigte, um dies für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu benutzen. Schnell, da die Grundlagen ihres sozial-ökonomischen Systems noch nicht so sicher waren. Empirisch, da der Kapitalismus mehr an Ergebnissen und Schlussfolgerungen als an dem Weg, diese zu erreichen, interessiert war.

Die Naturwissenschaften, die sich im Rahmen des bürgerlichen Materialismus entwickelten, beeinflussten das Studium anderer Bereiche und bewirkten den Aufstieg der Geisteswissenschaften

wie Geschichte, Psychologie und Soziologie, die die gleichen Methoden der Erkenntnis anwandten.

Der erste Gegenstand der menschlichen Erkenntnis, der den menschlichen Geist beschäftigte, war die Religion. Diese wurde zum ersten Mal als historisches und nicht als philosophisches Problem behandelt. Dahinter stand auch die Notwendigkeit einer jungen Bourgeoisie, sich vor religiösen Festschreibungen zu hüten, die die natürliche Rationalität des kapitalistischen Systems in Frage stellten. Dies drückte sich in dem Aufkommen einer ganzen Reihe von bürgerlichen Denkern wie Renan, Strauss, Feuerbach usw. aus. Aber was versucht wurde, war stets eine methodische Zergliederung: Sie kritisierten die ideologische Figur Religion nicht auf ihrer gesellschaftlichen Grundlage,

sondern verfolgten das Ziel, ihre menschlichen Grundlagen zu entdecken. Dadurch reduzierten sie die Untersuchungen auf ein naturwissenschaftliches Niveau, als ginge es darum, historische Dokumente und ihre Veränderung über die Jahrhunderte fotografisch genau nachzuzeichnen. Letztendlich normalisierte der bürgerliche Materialismus den gegenwärtigen Stand der Dinge und schrieb diesen auf ewig und unveränderbar fest. Er behandelte die Natur als unbestimmte Wiederholung rationaler Ursachen. Der bürgerliche Mensch reduzierte die Natur auf das Verlangen nach einer konservativen Unbeweglichkeit.

[...]

<http://de.internationalism.org/IKSonline2012>

Ausstellungsbericht: Baumeister der Revolution

Konstrukteure der Zukunft in der Vergangenheit

Derzeit tourt eine Wanderausstellung über die russische Architektur zwischen 1915 und 1935 durch das krisengebeutelte Europa: Barcelona, Madrid, London und nun auch Berlin. (1) In der Presse wird erstaunt zur Kenntnis genommen, dass eine Ausstellung, die sich primär mit Architektur beschäftigt, auf solch großes Interesse stößt. Das ist spannend – warum gibt es ein solch großes Interesse an den Baumeistern der Russischen Revolution?

Zunächst einmal ist es das Thema der Ausstellung: die Suche nach einer neuen Bauweise, die einer klassenlosen und damit menschlicheren Gesellschaft Ausdruck verleihen soll. Kernstück bilden die beeindruckenden Fotografien von Richard Pare, der 1993-2010 auf der Suche nach Gebäuden der Avantgarde durch die ehemalige UdSSR reiste. So wird man in vier Räume zur Architektur und Malerei Avantgarde geführt. Den Kontrapunkt setzt der fünfte und letzte Raum der Ausstellung, der die neue Ära des sogenannten Sozialistischen Realismus in der Architektur unter Stalin in den 1930ern repräsentiert.

Zwischen 1905 und 1920 entstanden zahlreiche künstlerische Strömungen, die Teil einer dynamischen sozialen Bewegung waren. Es waren ihrer viele und oft hatten sie sehr unterschiedliche Visionen und Ausdrucksweisen. Eines war ihnen jedoch gemeinsam: Ihre ästhetischen Aktivitäten waren eine Reaktion auf die damaligen Verhältnisse, die sie massiv kritisierten. Ihre neuen Kunstformen stellten eine Suche nach einer besseren Welt dar. Und sie waren keineswegs auf Russland beschränkt, sondern ein internationales Phänomen.

Während der Russischen Revolution positionierten sich die Bolschewiki zur Kunst, indem der Volkskommissar für Kunst, Lunascharski, folgende Grundsätze entwickelte: 1. Erhaltung der Kunstwerke der Vergangenheit (als Erbe der Menschheit), 2. Bereitstellung der Kunst für die Massen, 3. Nutzung der Kunst für die Propaganda des Kommunismus, 4. eine objektive Einstellung zu allen künstlerischen Strömungen (d.h. keine Einschränkung), 5. die Demokratisierung aller Kunstschulen.

Es brannten leidenschaftliche Debatten darüber, wie der „neue Mensch“ sich entwickeln werde, wie die revolutionäre Gesellschaft kollektiv organisiert werden müsse und schließlich, welche Rolle die Kunst hier zu spielen habe. Der Kreativität wurde freien Lauf gelassen. Allerdings

Der Kreativität wurde freien Lauf gelassen.

sind die meisten Konzepte und Ideen bislang nicht realisiert worden, denn die siegreiche Russische Revolution 1917 bildete ja „nur“ den Auftakt der Weltrevolution und wurde sogleich von der weißen Armee bis ca. 1921 in einen blutigen Bürgerkrieg verwickelt. Es war eine Zeit des unendlichen Leids, des Hungers und des allgemeinen Mangels. Die Verwaltung des Mangels setzte sich in den Folgejahren des NEPs fort. Umso erstaunlicher ist, dass auch unter diesen Bedingungen die Avantgarde unbeirrt versuchte, Funktionalität und Schönheit für die neue Gesellschaft zu verbinden. Ein Beispiel ist der Funkturm von Schuchow, der 1919-1922 als Sendeturm für den sowjetischen Rundfunk errichtet wurde. Bereits 1919 präsentierte Schuchow einen Entwurf für einen Turm, der 350 Meter hoch sein sollte, doch der Mangel an Stahl ließ letztlich nur den Bau eines 150 Meter hohen Turms zu. Der filigrane Funkturm ist noch heute in Moskau in Betrieb und löst(e) damals wie heute Begeisterung aus. Er wurde schon bald das Symbol der Überwindung des Alten und Schweren gesehen. Vor allem aber brauchte die junge Sowjetrepublik Wohnraum,

Industrieanlagen, Arbeiterclubs und Großküchen. In der Ausstellung wird der von Ginsburg und Milinis entworfene und 1930 in Moskau gebaute Narkomin-Wohnblock präsentiert. Er war einer der experimentellsten Projekte dieser Ära. Neben Wohnungen und kollektiven Wohneinheiten umfasste der Gebäudekomplex eine Mensa, einen Kindergarten, einen Ruheraum, einen Dachgarten sowie eine Sporthalle und eine Waschküche.

Tragisch aber auch bezeichnend ist die Tatsache, dass sich diese experimentelle Phase in der sowjetischen Architektur letztlich nur so lange



Melnikow-Haus in Moskau

hielt, wie die Chance oder zumindest die Hoffnung auf eine weltweite Ausbreitung der Revolution bestand. Mit der Machtübernahme Stalins und der im Gegensatz dazu stehenden Doktrin des „nationalen Sozialismus“ (Sozialismus in einem Land), die ab den 1930ern mit aller Gewalt und Repression durchgesetzt wurde, bekamen auch die avantgardistischen Architekten die Repression zu spüren. So erklärt der Fotograf Richard Pare in einem Interview: „Das Regime wurde immer repressiver, es war unmöglich, von der stalinistischen Norm abzuweichen. Man spürt direkt, wie etwa ab 1932 der Optimismus in den Arbeiten der Architekten verloren geht. Danach wurden die vom stalinistischen Regime immer stärker bevormundet und gegängelt.“ (2) Dies wird z.B. an dem Architekten Konstantin Melnikows deutlich – an seinem 1925 Aufsehen erregenden sowjetischen Pavillon in der Pariser Kunstgewerbeausstellung, seinem Entwurf für den Sarkophag Lenins und an dem Gosplan-Parkhaus von 1936. Der Architekt, der die Oktoberrevolution 1917 noch als Arbeiter in der AMO-Fabrik in Moskau erlebte, war einer der wichtigsten Vertreter der Avantgarde. Als Anerkennung erhielt Melnikow sogar ein Grundstück, um sich ein Heim darauf zu errichten. Ein Kleinod des Lichtes, das übersät ist mit sechseckigen Fenstern, die flexibel zu handhaben sind. Wenn man die Räume umgestaltet, kann man problemlos die Fenster mit Backsteinziegeln verschließen oder wieder freilegen – dies vermittelt ein Gefühl von Dynamik, Flexibilität und organischem Leben. Der Bau passt sich stets den Bedürfnissen des Lebens an. Doch zur Zeit der stalinistischen Säuberungen Mitte der 30er Jahre fiel Melnikow in Ungnade; zwar blieb er am Leben, aber er musste seine Lehrtätigkeit aufgeben und erhielt keine Bauaufträge mehr. Er zog sich enttäuscht zurück.

An diesem abrupten Bruch in Melnikows Leben zeigt sich, dass der Wind sich nun endgültig gedreht hatte: von der Hoffnung auf das Ausbreiten der internationalen Revolution auf den Schrecken der stalinistischen Konterrevolution. Stalin hatte seine Macht gefestigt. Nun hatte die Architektur einem anderem Zweck zu dienen: weg mit dem Experimentellen und Modernistischen. Es sollten staatstragende Bauten errichtet werden. Sie sollten den „sozialistischen Realismus“ Ausdruck verleihen, der am Klassizismus angelehnt war. Es sollten protzige,

überdimensionierte Monumentalbauten sein, die die allumfassende Macht des stalinistischen Staatsapparates symbolisieren sollten. Dieser Bruch, ja Gegensatz wird im fünften Raum der Ausstellung sofort deutlich. Es ist sicher kein Zufall, dass dieser Raum im Gegensatz zu den anderen Räumen dunkler und damit (be)drückend ist.

Zurück zu der Ausgangsfrage, weshalb „die Baumeister der Revolution“ als Ausstellung auf ein solch großes Interesse gestoßen sind. Auf die Frage, ob Architektur einen Beitrag zur Entwicklung einer besseren Gesellschaft leisten

„Es war das radikalste Experiment bis heute.“

kann, antwortet Richard Pare: „Man möchte das zumindest glauben. Es gehört zu den großen Katastrophen in der Geschichte der Architektur des 20. Jahrhunderts, dass die Architekten in Russland nicht die Chance hatten, ihre Ideen weiter zu entwickeln und zu größerer Reife zu bringen. Obwohl es nur eine kurze Zeitspanne dauerte, stellten die Debatten, die geistige Gärung und die Bautätigkeit selbst eine heroische Leistung dar (...). Sie kämpften darum, eine ideale Lebensweise zu schaffen, merkten aber auch ziemlich schnell, glaube ich, dass sie auf verlorenem Posten standen (...). Es war das radikalste Experiment bis heute. Es war



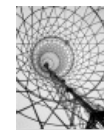
Wohnsiedlung der Tscheka - Treppenhaus

nicht erfolgreich, doch lag es nicht am fehlendem Willen.“ (3) Es stimmt, das revolutionäre Experiment von damals ist gescheitert, musste scheitern, als die Weltrevolution ausblieb. Genau diese Botschaft senden die Bauten der russischen Avantgarde den nachfolgenden Generationen, also uns! Deshalb ist es wichtig, dass diese Gebäude nicht weiter dem Verfall überlassen werden und in Vergessenheit geraten. Gegen dieses Vergessen ist die Ausstellung ein Beitrag. Deshalb ist der Blick in die Vergangenheit wichtig. Aber ebenso wichtig ist der Blick in die Zukunft, denn gerade, weil die revolutionäre Welle scheiterte, leiden wir heute mehr denn je unter diesem kapitalistischen System und der Schwindel erregenden Beschleunigung der Krise. Welche Zukunft wollen wir? In welcher Gesellschaft wollen wir gemeinsam leben? Was für Gebäude wollen wir für dieses Leben kreieren? Die Suche geht weiter...

Juli 2012, Anna

(1) „Baumeister[n] der Revolution. Sowjetische Kunst und Architektur 1915-1935“. Leider ist die Ausstellung im Martin-Gropius-Bau, Berlin bereits zu Ende gegangen. Allerdings gibt es einen tollen Ausstellungskatalog.

(2+3) Interview Richard Pare
www.wsws.org



Marxismus und Kultur

Auf unserer Website befinden sich einige Vertiefungstexte zum Thema "Marxismus und Kultur". Als Einstieg empfiehlt sich: "Der Kommunismus ist nicht nur eine schöne Idee, sondern eine Notwendigkeit" in dem die Debatte um die sogenannte "proletarische Kunst" reflektiert wird:

<http://de.internationalism.org/kultur>

Die englische Sektion der IKS hatte in diesem Sommer ein offenes Diskusstreffen, auf dem u. a. die Thesen von einem Sympathisanten der IKS vorgestellt und diskutiert worden "Notizen zu einer Geschichte der Kunst im aufsteigenden und dekadenten Kapitalismus":

http://de.internationalism.org/Weltrevolution173_kunst

Erfolg und Scheitern des Bauhauses

Lest unseren Artikel zum Bauhaus:

<http://de.internationalism.org/node/2300>

Literatur und Revolution, Trotzki

„Es unterliegt keinem Zweifel, dass in der Zukunft – und je weiter um so mehr – derartige monumentale Aufgaben wie die Planung neuer Garten-Städte, vorbildlicher Häuser, Eisenbahnen und Häfen – nicht nur die am Wettbewerb beteiligten Ingenieure und Architekten, sondern auch die breiten Volksmassen mitreissen werden. Das ameisentartige Durcheinander von Stadtvierteln und Strassen wird Steinchen für Steinchen unmerkbar von Geschlecht zu Geschlecht ersetzt durch den titanischen Bau von Dorf-Städten, nach der Karte und mit dem Zirkel. Um diesen Zirkel werden sich echte Volksgruppen dafür und dagegen bilden, eigenartige bautechnische Parteien der Zukunft, mit Agitation, mit Leidenschaften, Meetings, Abstimmungen. In diesem Kampf wird die Architektur von neuem, aber schon auf höherer Ebene, von den Gefühlen und Stimmungen der Massen durchdrungen sein, und die Menschheit wird sich plastisch erziehen, d.h. sie wird sich daran

Fortsetzung von Seite 8

Welche Haltung?

mit dem syrischen Volk“ zu organisieren. Ob daraus etwas wird, ist zurzeit unklar. Aus den ersten Verlautbarungen dazu ging hervor, dass sich die Demo gegen das Assad-Regime richten und die „Selbstwehrgruppen“ unterstützen soll. Ähnliche „moralische“ Unterstützung für Teile der Opposition gegen Assad ist auch auf Blogs zu finden, die sich als libertär verstehen.

Welche Logik steckt hinter diesen Positionen? Wahrscheinlich sind sie von der Hoffnung geleitet, dass die „demokratischen“ Kräfte das geringere Übel seien. Dabei wird aber nicht gefragt, ob diese Kräfte tatsächlich etwas mit unserem Ziel zu tun haben, den Kapitalismus zu überwinden. Die Unterstützung der „Opposition“ in Syrien bedeutet die Parteinahme für eine andere bürgerliche Fraktion im Krieg, die unabhängig von ihrer Truppenstärke ein imperialistischer ist. So etwa waren die Linken mit ihrer Kampagne des „geringeren Übels“ während des Libyenkrieges 2011 die besten Helfer der französischen Bourgeoisie, um den Widerstand im eigenen Land gegen den militärischen Feldzug so klein wie möglich zu halten.

Was ist das Prinzip des Internationalismus?

Die Rede von den „fortschrittlichen Kräfte“, auf die man sich stützen müsse, erinnert stark an die alte Leier der Trotzlisten, die unter dem gleichen Vorwand in jedem Krieg nach dem „geringeren Übel“ suchen, um dieses zu unterstützen. Unsere politischen Vorfahren, die Genossen von Internationalisme, schrieben 1947 zur Haltung der Trotzlisten im Zweiten Weltkrieg: „Ausgehend von dieser ewigen Wahl zwischen dem ‚geringeren Übel‘ haben sich die Trotzlisten am imperialistischen Krieg beteiligt. Die Notwendigkeit der Verteidigung der UdSSR stand keineswegs im Vordergrund. Bevor diese verteidigt wurde, hatten sie sich schon am Spanienkrieg (1936-1938) im Namen der Verteidigung des republikanischen Spaniens gegen Franco beteiligt. Dann verteidigten sie das China Chiang Kai-Sheks gegen Japan.“

(<http://de.internationalism.org/Rint45/isme>)

Die konsequent proletarische Haltung in einem Krieg zwischen verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie um die Macht im kapitalistischen Nationalstaat ist der Internationalismus: Verbrüderung der ProletarierInnen über die

Schützengräben hinweg – Kampf auf dem Klassenterrain weltweit gegen jede Bourgeoisie. Nur die Vereinigung der proletarischen Kämpfe über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg kann mit der imperialistischen Kriegslöge brechen.

Eine internationalistische Position zu vertreten heißt nicht, sich der Illusion hinzugeben, dass die Arbeiterklasse in einem Krieg zwangsläufig die Waffen niederlegen. Revolutionär zu sein bedeutet, konsequent internationalistisch zu handeln – meist gegen den Strom. Dies bedeutet heute angesichts der Situation in Syrien, sich über den wahren Charakter dieses Krieges bewusst zu werden; ihn als Ausdruck der Barbarei des Kapitalismus zu bekämpfen, indem wir unsere Stimme innerhalb der Arbeiterklasse erheben. Vor allem dann, wenn die Kriegspropaganda von politischen Gruppen verbreitet wird, die sich auf die Arbeiterklasse berufen. Eine Demonstration gegen den Krieg auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes wäre eine gute Sache. Solche Demonstrationen gab es während des Ersten Weltkriegs z.B. in Deutschland und Russland. Wenn aber die bürgerliche Linke zu Antikriegs-Demos aufruft, geht es meist um die Unterstützung einer Kriegspartei, d.h. es ist Kriegspropaganda im pazifistischen Schafspelz.

Die proletarischen Kämpfe brechen spontan aus. Revolutionäre spielen dabei nur selten eine auslösende Rolle. Hingegen hängt es von unserer Intervention ab, welche Inhalte in den Kämpfen zum Ausdruck kommen und ob Strukturen der Selbstorganisation entstehen. Deshalb ist eine klare Haltung notwendig – auch zum Krieg in Syrien. **8.9.12**

Fortsetzung von Seite 6

Frage der Kultur

gewöhnen, die Welt als gefügigen Ton zum formen immer vollkommenerer Lebensformen zu betrachten. Die Wand zwischen Kunst und Industrie wird fallen. Der zukünftige hohe Stil wird kein verzierender, sondern ein gestaltender sein. Darin haben die Futuristen recht. Es wäre allerdings ein Fehler, wollte man dies als eine Liquidierung der Kunst, als ihre Selbstaufgabe vor der Technik auslegen. In Anwendung auf ein Federmesser kann sich die Verbindung von Kunst und Technik in zwei Hauptrichtungen bewegen: die Kunst zielt das Messer mit der Darstellung eines Elefanten, einer preisgekrönten Schönheit oder des Eiffelturms auf dem Griff; oder aber die Kunst hilft der Technik, für das Messer die „ideale“ Form zu finden, d. h. eine Form, die dem Material und dem Bestimmungszweck des Messers am besten entspricht. Die Meinung, man könnte eine derartige Aufgabe mit rein technischen Mitteln lösen, ist falsch, denn die Aufgabe und das Material lassen ein weites Feld für unendlich viele Varianten offen. Für die Schaffung eines „idealen“ Messers sind – ausser der Kenntnis der Materialeigenschaften und der

Bearbeitungsmethode – Phantasie und Geschmack erforderlich. In Übereinstimmung mit der ganzen Tendenz der industriellen Kultur meinen wir, dass die künstlerische Phantasie in der Sphäre der materiellen Gütererzeugung auf die Ausarbeitung der idealen Form einer Sache als Sache gerichtet sein wird und nicht als ein Ornament auf dieser oder als ästhetische Prämie zum Gegenstand. Wenn dies schon für ein Federmesser zutrifft, um wie viel mehr für Kleider, Möbel, Theater und Städte.“ S. 209/210

Öffentliche Veranstaltungen

Die IKS hält regelmäßig öffentliche Diskussionsveranstaltungen ab. Wir machen sowohl Veranstaltungen mit festem Thema, in denen wir eine Einleitung für die Diskussion machen, als auch Veranstaltungen, in denen die Teilnehmer/innen Themen für die Diskussion vorschlagen können.

Köln:

Diskussionsveranstaltung mit offenem Thema
Termin: siehe unsere Website

Zürich:

Termin und Thema der nächsten Veranstaltung
siehe unsere Website

Siehe unsere Website für weitere Informationen: de.internationalism.org

Die Internationale Revue und einige Bücher der IKS



Einige Broschüren der IKS - weitere sind auf der Website zu finden...



Einige Buchläden mit IKS-Presse

DEUTSCHLAND: Aachen: Pontstr. 39; Berlin: Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2, Manteuffelstr. 96, Weydinger Str. 14-16, Rungestr. 20; Bochum: Universitätsstr. 26; Bonn: Breitestr. 76; Braunschweig: Bülteweg 87; Bremen: Bula am Ostertor, Fehrfeld 60; Bielefeld: Bula Eulenspiegel, Hagenbruchstr. ; Dortmund: Taranta, Humboldtstr. 44; Düsseldorf: Bilabuze, Aachenerstr. 1; Frankfurt: Karl-Marx-Bula, Jordanstr. 11; Freiburg: jos fritz bücher, Wilhelmstr. 15; Hamburg: Bula Nautilus, Friedensallee 7-9; Hannover: Internationalismus Bula, Engelbostelerdamm 10; Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; Köln: Der andere Buchladen, Weyertal 32-34; Nürnberg: Bauerngasse 14; **ÖSTERREICH:** Wien: ÖGB Fachbuchhandlung Rathausr. 21, Lhotzkys Literaturbuffet, Taborstr.28; **SCHWEIZ:** Basel: Buchhandlung Waser, Rühmlinstr. 17; Plattfon, Lindenbergr. 23; Bern: Reithalle, Schützenmatte; Fribourg: Lindwurm, 41 Rue de Lausanne; Genf: Librairie du Boulevard, 34 Rue de Carouge; Lausanne: Librairie BASTA, Petit-Rocher 4; Lugano: CSOA al Molino, Stadio-primo la Stampa, Molino Infoshop, Area ex Macello, Viale Cassarate 8; Luzern: Buchmattstr.26; Schaffhausen: Webergasse 13; St. Gallen: Comedia, Katharinengasse 20; Winterthur: Atropa, Kirchplatz 2; Infoladen Rabia, Bachtelstr. 70; Zürich: Buchhandlung

am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60; Buchhandlung Paranoia City, Bäckerstr. 9; Kasama, Militärstr. 87a; Aufbau, Kanonengasse 35; **UNGARN:** Budapest: Gondolkodó, Logodi utca 51, H 1012 Budapest.

Werde Abonnent!

Folgende Abos stehen zur Auswahl:

Jahresabo:

6 x WELTREVOLUTION & 2 x INTERNATIONALE REVUE 20 / 40 sFr.

Förderabo:

6 x WELTREVOLUTION & 2 x INTERNATIONALE REVUE sowie alle erscheinenden Broschüren, Flugblätter und Einladungen zu unseren Veranstaltungen 25 / 50 sFr.

Abo Plus:

Leser/innen, die die IKS-Presse neben dem eigenen Abo weiterverkaufen wollen, bestellen:

a) Abo + je 2x WELTREVOLUTION & 1x INTERNATIONALE REVUE 25 / 50 sFr.

b) Abo + je 4x WELTREVOLUTION & 1x INTERNATIONALE REVUE 30 / 60 sFr.

Und so geht's zur Bestellung:

1. Abo auswählen
 2. Zahlungsweise: Briefmarken (innerhalb Deutschlands) oder bar- Betrag beifügen
2. Bestellung postalisch an die unten stehenden Adresse schicken (Postfach)
Übrigens können - soweit noch vorhanden - auf diese Weise ebenso ältere Ausgaben der WELTREVOLUTION und der INTERNATIONALE REVUE bestellt werden, bei größeren Bestellungen verbilligt

Kontaktiere die IKS

Schreibt an die folgende Adresse, bitte nur wie folgt:

Postfach 2216, CH-8026 Zürich

Wenn ihr Interesse an Diskussionen oder aber Fragen, Feedback, Anregungen usw. habt, dann schreibt uns einfach unter:

**deutsch@internationalism.org ODER
schweiz@internationalism.org**

Schaut auch regelmäßig auf unsere Website für neueste Veröffentlichungen:

Polemik: Welche Haltung gegenüber dem Krieg in Syrien?

So: „Die imperialistische Politik ist nicht das Werk irgendeines oder einiger Staaten, sie ist das Produkt eines bestimmten Reifegrades in der Weltentwicklung des Kapitals, eine von Hause aus internationale Erscheinung, ein unteilbares Ganzes, das nur in allen seinen Wechselbeziehungen erkennbar ist und dem sich kein einzelner Staat zu entziehen vermag.“ (R. Luxemburg, Junius-Broschüre)?

Oder so: „Nach Libyen soll nun auch in Syrien ein imperialistisches Lakaenregime errichtet werden. Auch hier gilt: die fortschrittlichen Kräfte stützen und den Kampf gegen die imperialistischen Mächte führen.“ (aus Aufbau Nr. 68, März/April 2012)?

Weshalb dieser Artikel?

Wenn wir in die linken Zeitungen oder Internetpublikationen schauen, um uns über den blutigen Konflikt in Syrien zu informieren, stellen wir fest, dass es kaum grundsätzliche Stellungnahmen zum Charakter dieses Krieges gibt. Auf dem Diskussionsforum undergrounddogs.net beispielsweise, wo täglich Beiträge zu allen Fragen in den Bereichen Politik, Wirtschaftskrise, Klassenkampf etc. gepostet werden, steht der Thread „Syrien“ seit dem 24. Juni 2012 still. Die Diskussion wird nicht weiter geführt; schon vorher ging es kaum um den Charakter dieses Krieges, geschweige denn um eine internationalistische Haltung gegenüber diesem Krieg.

Was die Situation in Syrien betrifft, gibt es im

Vergleich zu Konflikten während des Kalten Krieges, deren Stellvertretercharakter meist offensichtlich war (z.B. Vietnam), das Problem, die Hintergründe zu durchschauen. Doch auch in Syrien mischen andere Staaten mit (siehe dazu: „Die imperialistischen Mächte fachen den Krieg in Syrien weiter an“ in dieser Ausgabe). Im Vergleich zu früheren Konflikten ist es in Syrien aber schwieriger vorauszusagen, was bei einem Sturz des aktuellen Regimes geschehen wird. Die „Oppositionskräfte“ und ihre Mäzene vertreten z.T. gegensätzliche Positionen, das Trennende überwiegt das Verbindende bei weitem.

Im Frühjahr 2011 schien es, als sei in Syrien ein ähnlicher Prozess in Gang gekommen wie in Tunesien und Ägypten. Doch bald darauf wurden die sozialen Proteste gegen die Unterdrückung und die schlechten Lebensbedingungen in Syrien in einen blutigen Krieg zwischen verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse gezogen.

Es ist nicht absehbar, dass sich so etwas wie ein proletarischer Widerstand in Syrien noch äußern könnte. Jede Regung des gesellschaftlichen Lebens ist von der Logik des Krieges bestimmt, hinter dem die größeren und kleineren Mächte stehen. Der Krieg in Syrien ist ein imperialistischer, in dem es um die Vorherrschaft in einem bürgerlichen Nationalstaat bzw. um die Neuaufteilung des Territoriums zugunsten von neuen Nationalstaaten geht.

Das Proletariat hat dabei nichts zu gewinnen. Weder die Unterstützung des Assad-Regimes, noch diejenige des Syrischen Nationalrats, der Freien Syrischen Armee oder sonst einer Oppositionskraft bieten eine Perspektive.

Aber seien wir realistisch: Vor Ort hat die Arbeiterklasse momentan keine Chance, sich auf ihrem eigenen Terrain, mit Streiks und Massendemonstrationen zur Wehr zu setzen. Eine Umpolung der bürgerlichen Kriegslogik in eine proletarische, revolutionäre Dynamik ist nur unter einem veränderten internationalen Kräfteverhältnis zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital möglich. Jeder Teil des Proletariats, der in nationalen Grenzen gefangen bleibt, kann für sich allein nichts ausrichten (vgl. Griechenland).

Die linken Freunde Assads

In der Schweiz berichtet der so genannte Revolutionäre Aufbau ab und zu über Syrien, teilweise mit Artikeln aus der deutschen Tageszeitung Junge Welt. In der Nr. 69 (Mai/Juni 2012) publizierte der Aufbau einen Artikel unter dem Titel „Waffenhandel und Kriegshetze“, in dem etwas versteckt das Assad-Regime als die bessere Seite dargestellt wird: „Für den französischen Präsidenten Sarkozy war der Tod von zwei JournalistInnen Grund genug, um den Sturz des syrischen Präsidenten Assad zu fordern (...) Mit Geldern aus den Golfstaaten werden Söldner angeheuert, sicherlich nicht, um den von der UNO geforderten Waffenstillstand einzuhalten. Für die Hardliner der Golfstaaten, Israel und die USA geht es einzig und allein um den Sturz von Assad. Mit verstärkten militärischen Angriffen auf die syrische Armee sabotieren daher die ‚Rebellen‘ mit allen Mitteln eine mögliche Waffenruhe.“ Als ob das Assad-Regime dies anstrebt...

In demselben Geist stand schon in Nr. 68 unter

dem Titel „Hände weg von Syrien“: „Das syrische Regime antwortete auf die Demonstrationen keineswegs nur mit Gewalt, sondern leitete zahlreiche Reformen ein. Gerade aus kommunistischer Sicht kann man sich damit sicherlich nicht begnügen. Nur, die Antwort der imperialistischen Mächte auf jeden Reformschritt war die Verschärfung der Boykottmaßnahmen und der Kriegshetze gegen die syrische Regierung.“

Der Aufbau bleibt seiner „antiimperialistischen“ Logik treu, dass es in der aktuellen Staatenwelt einerseits die imperialistischen und andererseits die „fortschrittlichen“ Mächte gebe. Und er lässt keinen Zweifel, dass die imperialistischen Mächte die USA, die EU-Staaten, die Türkei, Israel, die reichen Golfstaaten sind, nicht aber Syrien.

Die linken Freunde der syrischen „Opposition“

Schon vor einem Jahr schlugen sich aber Linke auch auf die andere Seite des Krieges in Syrien. Indymedia berichtete am 23.07.2011 über eine Solidaritätsdemo für den Aufstand in Syrien: „In Berlin haben heute 300 Menschen an einer Demonstration auf dem Kudamm teilgenommen. Aufgerufen hatte das Netzwerk ‚Gemeinsam für ein freies Syrien‘. Es waren überwiegend in Deutschland lebende Menschen aus den arabischen Raum vertreten, einige wenige deutsche Linke nahmen auch teil, darunter mehrere Vertreter der Partei ‚Die Linke‘, die auch mit Fahnen ihrer Partei auftraten.“

In der Schweiz versuchten Linke im Sommer 2012, ebenfalls eine „Solidaritätsdemonstration

Fortsetzung auf Seite 7

UNSERE POSITIONEN

– Seit dem 1. Weltkrieg ist der Kapitalismus ein dekadentes gesellschaftliches System. Zweimal hat er die Menschheit in einen barbarischen Zyklus von Krise, Weltkrieg, Wiederaufbau, neue Krise gestürzt. In den 80er Jahren ist er in die letzte Phase seines Niedergangs eingetreten – die seines Zerfalls. Gegenüber diesem unwiderruflichen historischen Abstieg gibt es nur eine Alternative: Sozialismus oder Barbarei, kommunistische Weltrevolution oder Zerstörung der Menschheit.

– Die Pariser Kommune von 1871 war der erste Versuch des Proletariats, diese Revolution durchzuführen. Dies geschah jedoch zu einem Zeitraum, als die Bedingungen dafür noch nicht reif waren. Nachdem diese Bedingungen aber mit dem Eintritt des Kapitalismus in seine Dekadenz geschaffen waren, stellte die Oktoberrevolution 1917 in Russland den ersten Schritt einer echten kommunistischen Weltrevolution innerhalb einer internationalen Welle von revolutionären Kämpfen dar, die den imperialistischen Weltkrieg zu Ende brachte und mehrere Jahre fort dauerte. Das Scheitern dieser revolutionären Welle, insbesondere in Deutschland von 1919–23 führte dazu, dass die Revolution in Russland isoliert blieb und schnell entartete. Der Stalinismus war nicht das Ergebnis der russischen Revolution, sondern ihr Totengräber.

– Die staatlichen Regime, die unter der Bezeichnung „sozialistisch“ oder „kommunistisch“ in der UdSSR, in Osteuropa, China, Kuba usw. entstanden waren, waren nur besonders brutale Formen einer weltweiten Tendenz zum Staatskapitalismus, die typisch ist für die Niedergangsphase des Kapitalismus.

– Seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts sind alle Kriege imperialistische Kriege in einem Todeskampf zwischen großen oder kleinen Staaten gewesen, um eine internationale Stellung zu erobern oder zu erhalten. Diese Kriege haben der Menschheit nur Tod und Zerstörung in einem immer größeren Ausmaß gebracht. Die Arbeiterklasse muss dem ihre internationale Solidarität und den Kampf gegen die Bourgeoisie in allen Ländern entgegensetzen.

– All die Ideologien der „nationalen Unabhängig-

keit“, des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“, unabhängig davon, ob sie unter einem ethnischen, historischen, religiösen oder sonstigen Vorwand verteidigt werden, sind für die Arbeiter ein wahres Gift. Indem sie für die eine oder andere Fraktion der Bourgeoisie Partei ergreifen sollen, werden so die Arbeiter gegeneinander aufgehetzt und dazu getrieben, sich im Interesse der Ausbeuter in den Kriegen zwischen diesen gegenseitig abzuschlachten.

– Im dekadenten Kapitalismus sind das Parlament und die Wahlen zu einer einzigen Heuchelei geworden. Jeder Aufruf zur Beteiligung am Wahlzirkus kann nur die Wirkung der Lügen verstärken, mit der die Wahlen als eine „echte Alternative“ für die Ausbeuteten darstellt werden. Die Demokratie, die eine besonders heuchlerische Herrschaftsform der Bourgeoisie ist, unterscheidet sich im Grunde nicht von den anderen Formen der kapitalistischen Herrschaft, dem Stalinismus und dem Faschismus.

– Die Fraktionen der Bourgeoisie sind alle gleich reaktionär. Alle sog. „sozialistischen“, „kommunistischen“ Arbeiterparteien (jetzt die früheren „Kommunisten“), die Organisationen der extremen Linken (Trotzkisten, Maoisten, und Ex-Maoisten, offizielle Anarchisten) stellen den linken Flügel des politischen Apparates des Kapitals dar. All die Taktiken der „Volksfront“, der „antifaschistischen“ Front und der „Einheitsfront“, die die Interessen des Proletariats mit denen einer Fraktion der Bourgeoisie zusammenbringen wollen, dienen nur dazu, dass der Kampf der Arbeiterklasse kontrolliert und in Sackgassen gelenkt wird.

– Mit dem Eintritt des Kapitalismus in seine Dekadenz sind die Gewerkschaften überall zu Organen der kapitalistischen Ordnung innerhalb der Arbeiterklasse geworden. Die gewerkschaftlichen Organisationsformen, ob die „offiziellen“ oder die „Basisgewerkschaften“, dienen nur dazu, die Arbeiterklasse zu kontrollieren und ihre Kämpfe zu sabotieren.

– Um ihre Kämpfe erfolgreich durchzuführen, muss die Arbeiterklasse ihre Kämpfe zusammenschließen, indem sie deren Ausdehnung und Organisation selbst in die Hand nimmt. Dies geschieht mittels selbständiger Vollversammlungen und Komitees von Delegierten, die jeweils jederzeit von diesen

Versammlungen gewählt und abgewählt werden können.

– Der Terrorismus ist in keiner Hinsicht ein Mittel des Kampfes der Arbeiterklasse. Als Ausdruck der geschichtlich zukunftslosen gesellschaftlichen Schichten und des Zerfalls des Kleinbürgertums liefert der Terrorismus, wenn er nicht direkt ein Mittel des ständigen Krieges zwischen den Staaten ist, immer einen Nährboden für die Manipulationen der Bourgeoisie. Indem er für die geheimen Aktionen von kleinen Minderheiten eintritt, steht er im totalen Gegensatz zur Klassengewalt, die sich auf Handlungen einer bewussten und organisierten Masse des Proletariats stützt.

– Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die dazu in der Lage ist, die kommunistische Revolution durchzuführen. Der revolutionäre Kampf führt die Arbeiterklasse notwendigerweise zu einer Konfrontation mit dem kapitalistischen Staat. Um den Kapitalismus zu zerstören, muss die Arbeiterklasse alle Staaten zerstören und die Diktatur der Arbeiterklasse auf Weltebene errichten: die internationale Macht der Arbeiterräte, die das gesamte Proletariat umfassen.

– Die kommunistische Umwandlung der Gesellschaft durch die Arbeiterräte bedeutet weder „Selbstverwaltung“ noch „Verstaatlichung“ der Wirtschaft. Der Kommunismus erfordert die bewusste Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse durch die Arbeiterklasse: die Lohnarbeit, die Warenproduktion, die Landesgrenzen. Dazu muss eine Weltgemeinschaft errichtet werden, deren ganze Aktivitäten auf die volle Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse ausgerichtet sind.

– Die revolutionäre politische Organisation stellt die Avantgarde des Proletariats, den aktiven Faktor des Prozesses der Generalisierung des Bewusstseins innerhalb des Proletariats dar. Ihre Rolle besteht weder in der „Organisierung der Arbeiterklasse“ noch in der „Übernahme der Macht“ in ihrem Namen, sondern aktiv an der Vereinigung der Kämpfe mitzuwirken, dass die Arbeiter die Kämpfe selbst in die Hand nehmen und eine revolutionäre politische Orientierung für den Kampf des Proletariats aufzeigt wird.

UNSERE AKTIVITÄT

– Die theoretische und politische Klärung der Ziele und Mittel des Kampfes des Proletariats, seiner geschichtlichen und unmittelbaren Bedingungen.

– Die organisierte, vereinigte und auf internationaler Ebene zentralisierte Intervention, um zum Prozess beizutragen, der zu revolutionären Handlungen der Arbeiterklasse führt.

– Die Umgruppierung der Revolutionäre im Hinblick auf die Schaffung einer wirklichen kommunistischen Weltpartei, die unabdingbar ist für die Abschaffung der kapitalistischen Herrschaft und die Entwicklung hin zur kommunistischen Gesellschaft.

UNSER URSPRUNG

– Die Positionen der revolutionären Organisationen und ihre Aktivitäten sind das Ergebnis der vorherigen Erfahrungen der Arbeiterklasse und der Lehren, die diese politischen Organisationen aus der Geschichte gezogen haben. So beruft sich die IKS auf die Errungenschaften, die nacheinander erbracht wurden vom Bund der Kommunisten (1847–52) um Marx und Engels, den drei Internationalen (Arbeiterassoziation 1864–72, Sozialistische Internationale 1889–1914, Kommunistische Internationale 1919–1928), den Linkskommunistischen Fraktionen, die in den 20er und 30er Jahren aus der Dritten Internationale während ihres Niedergangs hervorgegangen waren, insbesondere der Deutschen, Holländischen und Italienischen Linken.